

## **Die Verwertung der Bildung ist in allen Bundesländern das größere Problem als die Bildung selbst**

August Gächter, 2010-03-27

### **Zusammenfassung**

Aus der ab 1998 gewährten dauerhaften Niederlassung der früheren Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter ergab sich für die Kommunen und die Länder ein Handlungsbedarf in Hinblick auf diese Bevölkerung. Daraus wieder entstand eine Nachfrage nach Daten zur Beschreibung ihrer sozialen Lage. Der Beitrag skizziert ein auf Bildung, Beruf und soziale Mobilität orientiertes Programm zur Beobachtung wesentlicher Indikatoren auf Länderebene und zeigt den Stand bis Mitte 2009. Dabei werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Bundesländern sichtbar. Insbesondere wird gezeigt, dass der soziale Abstand zwischen der als einheimisch geltenden Bevölkerung und den Einwanderinnen und Einwanderern je nach Bundesland zwischen 40% und 60% des maximal Möglichen beträgt und zur „zweiten Generation“ zwischen 15% und 40%. Diese Abstände verdanken sich in allen Bundesländern zu größerem Teil den Unterschieden in der Verwertung der Bildung als den Unterschieden in der Bildung selbst. Daraus ergibt sich, dass die politische Aufmerksamkeit nicht allein auf der Bildung liegen sollte, weder bei der Einwanderungsgesetzgebung noch im inländischen Bildungserwerb, sondern dringlichst durch Aufmerksamkeit für Entwertungs- und Ausschließungstaktiken am Arbeitsmarkt ergänzt werden müsste.

### **Das Interesse an „Integrationsindikatoren“**

#### **Wie der lokale Datenbedarf begann**

Manchmal stellt sich die Frage, was denn wohl Gutes sei an der wachsenden Zahl von Leitbildern, Leitlinien usw zum Thema „Integration“, welche die Kommunen und Länder seit 2001 diskutiert oder sich gegeben haben. Ein unmittelbares Ergebnis im Sinn schwindender Ressentiments, Vorbehalte und Schuldzuweisungen im Alltag, im Bildungswesen, am Arbeitsmarkt, in den Betrieben oder einer positiveren Aufnahme von Neuankömmlingen, sei es am Asylweg oder als Familiennachzug, ist ja bislang nicht nachgewiesen worden. Die spezielle Eurobarometer Befragung 2009 zeigte, wie andere vor ihr, in Österreich eine hohe Bereitschaft zu diskriminierendem Verhalten (European Commission 2009, 2008, 1997) und zu rassistischen Meinungen, die es rechtfertigen sollen. Hier wird man zweifellos die kurze Zeit anführen, die niemals genügt haben

kann, viel zu verändern. Möglicherweise wird man auch das Fehlen eines Pendants auf Bundesebene zu den Bemühungen der Kommunen und Länder anführen. Niemand kann bestreiten, dass es die Bundesregierung in dieser Frage ganz eklatant an Führung und an Diskussion, ja sogar an Diskussionskultur, missen lässt. So dümpeln die Aktivitäten auf lokaler und regionaler Ebene als unzusammenhängende Einzelaktionen nebeneinander her. Nicht dass sie Koordination bräuchten, keineswegs, aber eine Hierarchie national deklarerter Ziele würde ihnen gut tun und helfen, selbst mehr zu bewegen. Als drittes wird einem vermutlich auch noch einfallen, dass es vor Beginn der Welle an Leitbildern und Grundsätzen weder auf kommunaler noch auf regionaler Ebene angesiedelte Kompetenzen gab. Das Thema „Integration der Einwanderinnen und Einwanderer“ existierte medial und fragmentarisch in Wahlkämpfen, aber nicht in der Verwaltung und nicht in den Zyklen der Politik. Die vielen Leitbilder usw waren durchwegs Startschüsse für oder Anfangsaktivitäten von neu geschaffenen Verwaltungsgagenden. Das Thema „Umgang mit der Tatsache, dass es Einwanderinnen und Einwanderer gibt, und zwar sowohl lang ansässige als auch täglich neu zuziehende“, wurde damit in intensiver Weise auf die politisch-administrative Tagesordnung gesetzt. Der Umgang mit dem Thema entspricht aber selbstverständlich noch immer dem von Anfängern. Anders kann es nicht sein. Unübersahbar ist aber, wie der sachte begonnene Lernprozess in der Verwaltung, bei den Regierenden und den der Verwaltung vorgelagerten Exekutiveinrichtungen in Gesundheit, Pflege, Wohnen, Sozialwesen, Bildung, Glaubenswesen, nicht zuletzt öffentlicher Sicherheit Kreise zieht.

Wenn man sich die Frage stellt, wieso es gerade 2001 losging, werden vielleicht viele an den Beginn der schwarz-blauen Koalition im Februar 2000 denken. Das kann man diskutieren, aber die Strassersche Version des Fremdenrechts war 2001 noch in einer frühen, konzeptiven Phase und kam erst 2002 ins Parlament. Wohl aber hatte der Arbeitsminister (Bartenstein) bereits per 8. Juni 2000 den Arbeitsmarkt faktisch den Familienangehörigen geöffnet, für die bis dahin das Ausländerbeschäftigungsgesetz häufig noch zur schwierigen Hürde geworden war. Diese Öffnung war ein weiterer kleiner Schritt in einem bewusst schleichend angelegten Gesetzgebungsprozess, der seit 1987 lief (und noch bis 2006), und zu diesem Zeitpunkt bereits weit fortgeschritten war, mit dem Ziel der Überführung der Gastarbeiterfamilien in Regelbevölkerung. Es mag zeitlicher Zufall sein, aber eher wohl nicht, dass die Welle von Leitbildern, Leitlinien und Grundsätzen wenige Jahre nach den einschneidenden aufenthaltsrechtlichen Reformen vom 11. Juni 1997 aus der Schweiz nach Österreich überschwappte. Ab Jahresbeginn 1998 galten Regelungen – zum ersten Mal in Österreich – welche mit der Dauer des Aufenthalts zunehmende Entscheidungsfreiheit über den weiteren Verbleib im Land an die Betroffenen selbst übertrugen. Rund die Hälfte der Bevölkerung, die sich bis dahin im Gastarbeiterregime befunden hatte, kam sofort in den Genuss eines hohen Maßes an Selbstbestimmung, weitere 40% bis 45% innerhalb der nächsten fünf Jah-

re. Bis dahin war die Einbürgerung das einzige Rechtsmittel, als permanente Einwanderin oder permanenter Einwanderer anerkannt zu werden. Nicht Deutschsprachige waren aber bis Mitte der 1990er Jahre außerhalb Wiens nur sehr spärlich eingebürgert worden. Nicht dass Anträge massenhaft negativ beschieden worden wären, es war Interessentinnen und Interessenten nur einfach davon abgeraten und die Antragstellung möglichst erschwert worden. Die Kosten sind bis heute im internationalen Vergleich hoch. Bis heute sind auch nur etwa 55% der Bevölkerung, die zwischen 1956 und 1984 zugezogen ist, eingebürgert, und von den später Zugezogenen noch kleinere Anteile. Die als „Aufenthaltsverfestigung“ bekannte Neuregelung brachte die Anerkennung als permanenten Teil der Wohnbevölkerung ohne Einbürgerung. Österreich wurde damit zwar noch nicht zu einem selbst proklamierten Einwanderungsland, wohl aber immerhin zu einem Land mit Einwanderinnen und Einwanderern, was vom Sozialminister (Hesoun) noch wenige Jahre zuvor im Parlament bestritten worden war. Dadurch war ab 1998 klar, dass auf das Wiederverschwinden der eingewanderten Bevölkerung und ihrer in Österreich geborenen Nachkommen zu warten sinnlos war. Umgekehrt wäre es für die Gemeinden zuvor wenig sinnvoll gewesen, Zeit und Geld in die Integration einer Bevölkerung zu investieren, bei der weder die Betroffenen selbst noch die Gemeinde über den weiteren Aufenthalt entscheiden konnte, wie das im Asylwesen ja nach wie vor der Fall ist. Bevölkerung ohne EU bzw EFTA Staatsangehörigkeit musste bis dahin zudem auch kleinräumig mobil sein, da im Fall von Arbeitslosigkeit nur rasche Wiederbeschäftigung den Aufenthalt sichern konnte. Das allein hätte schon den Erwerb von Wohnungseigentum unwahrscheinlich gemacht, der aber, sofern er mit dem Erwerb von Grundeigentum verbunden ist, ohnehin rechtlich nicht möglich war bis zur Umsetzung Anfang 2006 der EU Langansässigenrichtlinie von 2003 (Richtlinie 2003/109/EC). Seither aber wird ein wachsender Teil der früheren Gastarbeiterbevölkerung zu Wohnungs-, Haus- und Grundeigentümern und damit für die Kommunen auf eine ganz andere Weise von Bedeutung als zuvor.

Was es an Herausforderungen gibt und gab, musste ab 1998 irgendwann zu Politik gemacht und in geregelte Verwaltungsabläufe übersetzt werden. Dieses sich den Tatsachen Stellen steckt noch in den Anfängen. Es begann 2001 in Dornbirn und hat sich seither auf die meisten Bundesländer ausgebreitet. Denkbar ist aber auch, dass die Stagnation der Einkommen in den Arbeiterberufen in den 1990er Jahren bei den Kommunen und Ländern eine breitere Handlungsbereitschaft auslöste. Seit 2001 hat nämlich auch das Thema „Armut“ zuvor unbekannte Konjunktur gehabt (Palk 2009). Das muss auch nicht an der divergenten Einkommensentwicklung der 1990er Jahre gelegen sein. Es kann ohne weiteres sein, dass die Früchte der Bildungsexpansion der 1970er und 1980er Jahre in den Rathäusern und Landesverwaltungen ankamen und den Horizont in zweifacher Weise öffneten, nämlich sowohl thematisch als auch geografisch. Nicht anders nämlich als die Integrationsleitbilder waren auch die Armuts- und Reichtumsberichte ein Import aus dem

deutschsprachigen Ausland. Armut und Integration sind eng verbunden. Wenn die Einwanderinnen und Einwanderer alle vom ersten Tag an Mittelschicht wären, gäbe es keine Integrationsdebatte. Da sie aber aus Gründen, die teils in den Herkunftsgesellschaften und teils in Österreich liegen, zu größtem Teil relativ arm sind, mit allem, was damit einhergeht, gibt es die Debatte. Die Armutsberichterstattung und die Ausländerberichterstattung – man verzeihe den Ausdruck, aber er entspricht am ehesten den Tatsachen – handeln in Teilen von der gleichen Bevölkerung. Ein großer Teil der Einwanderinnen und Einwanderer gehört zu den relativ Armen, wenn sie auch nur einen kleinen Teil der relativ Armen ausmachen. Die Zuständigkeit für den Sozialbereich ist in der Verwaltung ebenso wie in der Politik meist nicht im selben Ressort wie jene für die Integration. Von da her liegt es nahe, dass beide Seiten darüber schweigen wollen, dass sie ein gemeinsames Thema bearbeiten. Die Frage, ob das wünschenswert sei, muss man sich stellen. Immerhin könnte es den positiven Effekt haben, dass eine Art Dialog zwischen den Ressorts entsteht, vielleicht in Analogie zur in Österreich so hoch geschätzten Sozialpartnerschaft, woraus alle Beteiligten einen Vorteil ziehen könnten, weil im Alleingang die Chance, unnötige Fehler zu machen, normalerweise größer ist. In zweckdienlicher Absicht formalisiert ist ein solcher Dialog bisher nirgends in Österreich, wenn er auch vielleicht da und dort geführt wird. In Irland, wo die Sozialpartnerschaft erst in den 1990er Jahren begründet wurde, banden die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände von Beginn an die langlebigsten und am breitesten aufgestellten Antidiskriminierungsorganisationen für den ethnischen ebenso wie für die anderen verbotenen Diskriminierungsbereiche (Geschlecht, sexuelle Orientierung, Alter, Glauben, Behinderung) ein. Die Sozialpartnerschaft hat dort um die 25 Mitglieder und ist in Europa die wahrscheinlich kompetenteste im Bereich der Vermeidung von Diskriminierung. Für manche der Beschäftigungspakte in Österreich könnte sie vielleicht als „role model“ fungieren. Eine solche auf institutionelles Antidiskriminierungslernen angelegte Konstruktion gibt es in Österreich bislang nirgends. Man fragt sich daher, wie weit die Lernprozesse betreffend Integration in der Verwaltung, der Politik, der Sozialpartnerschaft usw in der kurzen Zeit seit 2001 gediehen sein können. Insbesondere fragt man sich natürlich, ob nicht Integrationsanfänger vielleicht mehr ein Teil des Problems als der Lösung sind. Kann man annehmen, der Informationsstand der neuen Verwaltungsstellen unterscheide sich bereits wesentlich von jenem vor 20 Jahren oder von jenem der mythischen „Stammtische“, an denen dem Vernehmen nach die wahren Entscheidungszentren der österreichischen Politik angesiedelt sind? Und worin sollte oder könnte er sich unterscheiden? Der wichtigste Fortschritt wäre bei den Fragestellungen zu erhoffen. Der Wechsel von einer Ausländer- zu einer Integrationsberichterstattung bestünde im Kern darin, sich nicht nur mit den Unterschieden zwischen Bevölkerungsteilen zu beschäftigen, ganz gleich ob sie von der Defizitseite oder von der Potentialeseite her betrachtet werden, sondern mit dem Umgang mit den Unterschieden in all seinen As-

pekten. Ein zweiter wichtiger Fortschritt wäre in den Methoden der Antwortfindung zu erhoffen, ein dritter in den Antworten selbst. Das ist aber nur halb so wichtig, wie der Fortschritt beim Stellen der Fragen. Ein vierter entscheidender Fortschritt bestünde in der Verankerung des Informationsstands in den Verwaltungsabläufen sowohl der Gebietskörperschaften als auch der Sozialpartner und in allen ihnen beiden nachgelagerten Einrichtungen (Gesundheitswesen, Bildungswesen usw). Wichtig ist, dass die Information nicht bei einzelnen Personen hängen bleibt, sondern tatsächlich in die Konstruktion der Abläufe eingebaut wird. Was im privatwirtschaftlichen Bereich „management buy-in“ genannt und als absolut wichtig erkannt wurde, ist hier die Unterstützung des Vorgangs durch die Landespolitik. Nur indem in der Landesverwaltung Zuständigkeiten geschaffen werden, können auch die Prozesse effektiv geändert werden, und nur in der Folge dessen können die Kommunen einigermaßen flächendeckend zur Anpassung ihrer Themen, Zuständigkeiten und Abläufe schreiten und die Notwendigkeit dazu außer Streit stellen.

### **Die Grundfrage ist der Unterschied im sozialen Rang**

Die Grundfrage aller ernst gemeinten Integrationspolitik kann immer nur sein, ob die Einwanderinnen und Einwanderer die Chance haben, sozial zum Mainstream gehören zu können, und vor allem wann, nämlich gleich, in einer Generation, in zwei Generationen, in dreien oder noch später. Dazu muss man zuerst etwas über die Einwanderungsgesellschaft wissen, nämlich wodurch in ihr der soziale Mainstream gegenwärtig definiert ist, wie er entsteht und reproduziert wird, und wohin der Trend sich entwickelt. In Österreich ist die Lage insofern unkompliziert, als der soziale Mainstream sich als Mittelschicht begreift und als Maß des richtigen Verhaltens und zugleich politisch tonangebend ist. Es gibt schon seit 1918 keine Elite, also auch keine Zweiteilung zwischen der Bevölkerungsmehrheit und dem Bevölkerungsteil, der in Fragen des guten Geschmacks einschließlich der guten Bildung, des guten Benehmens usw entscheidend ist. In Österreich ist die Mittelschicht in allem bestimmend und es gibt eine entscheidende soziale Norm, nämlich als dazugehörig akzeptiert werden zu können. Das ist mit niedrigen Haushaltseinkommen schwierig (zu den Haushaltseinkommen siehe Till u.a. 2009). Die Mittelschicht ist aber ein bewegliches Ziel. Der Trend ging in den letzten 60 Jahren immer in die gleiche Richtung, nämlich eines zunehmenden Anspruchsniveaus. Genügte ein Bildungsstand von acht Jahren Volksschule in den 1950er und 1960er Jahren noch völlig für umstandslosen Eintritt oder Aufstieg in die Mittelschicht, so ist seit den 1970er Jahren zumindest Lehre nötig und in absehbarer Zeit wird es Matura sein, wie jetzt schon in Wien. Bildung ist ein immaterieller Besitz und zwar genau genommen in doppelter Hinsicht, nämlich einmal als tatsächliche Befähigung und einmal als Zertifikat, das zu bestimmten Berufen und Positionen berechtigt. Bildung hört man mehr, als man sie sieht. Den materiellen Besitzstand sieht man dagegen eher, als dass man ihn hört. In der sinnlichen Wahrnehmung ist er daher viel bedeutender als die Bildung und somit ist er es auch für die

tagtägliche Anerkennung als Teilnehmerin bzw Teilnehmer an der Mittelschicht. Wenig verwunderlich somit, wenn Jugendliche, zumal männliche, auf frühen Berufseintritt drängen anstelle ausführlicher Bildung, oder nominell zwar studieren, in Wahrheit aber berufstätig sind. Grundsätzlich gilt in allem, dass das sinnlich Wahrnehmbare an einer Person für das eigene Verhalten entscheidend ist, und zwar in Millisekunden. Das kann auch nicht anders sein, denn etwas anderes als die Sinne steht uns nicht zur Verfügung, und wir müssen Augenblick für Augenblick, also äußerst schnell, in der Lage sein, über unser eigenes, der Situation angemessenes Verhalten zu entscheiden. Das Problem ist aber, dass der erste Eindruck langfristige Wirkung hat, selbst wenn wir Gelegenheit erhalten, eine Person näher kennen zu lernen (Rabin/Schrag 1999), und dass der erste Eindruck auf Vorurteilen beruht und auch nur darauf beruhen kann, ganz gleich ob sie positiv oder negativ sind. Das ist zwar unausweichlich, aber immerhin kann der Inhalt der Vorurteile sich verändern, nur nicht sehr rasch, nämlich, wie es scheint, eher von einer Generation zur nächsten als im Lebensverlauf.

Die erste Frage einer für Integration zuständigen Verwaltungsstelle muss also sein, welcher materielle Besitzstand gegenwärtig den sozialen Mainstream ausmache, und die zweite, welche Voraussetzungen man typischerweise braucht, um ihn rasch erreichen zu können. Über den materiellen Besitzstand, etwa Bankguthaben und Wertpapiere, den Verkehrswert von Immobilien und Fahrzeugen usw, ist sehr wenig bekannt. EU-SILC bietet auf Bundesebene einige Informationen, weniger gesicherte auf Landesebene, keine auf kommunaler Ebene. Über den Besitz an Immobilien in anderen Staaten ist gar nichts bekannt. Er dürfte aber ohnehin irrelevant sein für die momentane soziale Einschätzung in einer zufälligen, meist völlig nonverbalen Begegnung im Alltag, ebenso irrelevant wie anderer Besitz, den man nicht sichtbar an sich trägt. Kleider machen Leute, heißt es seit jeher, und dazu zählen auch die heute blechernen Kleider, die man in Form eines Fahrzeugs an sich trägt, und die Art der Tasche. Auch im Sprachlichen kommt es mehr auf den Ausdruck (Vokabular, Grammatik, Akzent, Tonfall) an als den Inhalt. Das gilt für die raschen Interaktionen im Alltag, für die ersten Eindrücke, aber wenn es um die Auswirkungen auf die Möglichkeiten der nächsten Generation geht, dann spielt sehr wohl der unsichtbar bleibende materielle Besitzstand, also die Ersparnisse, die Immobilien im In- und Ausland usw eine wichtige Rolle. Das Interesse wird sich daher sehr wohl in diese Richtung fokussieren.

Man darf den materiellen Besitzstand nicht mit dem Einkommen verwechseln. Über dieses ist mehr bekannt, aber unterhalb der Bundesebene fehlen wichtige Zusatzinformationen, vor allem die Bildung und der Beruf, aus denen sich das Einkommen ergibt. Zudem ist zu beobachten, vor allem auf kommunaler Ebene, dass zu vielem keine Daten existieren, andererseits die existierenden Daten aber ungenutzt bleiben.

Das Einkommen ist immer ein Mittel zum Zweck, nämlich des Erwerbs eines materiellen und immateriellen Besitzstandes für einen selbst und die Nachfahren, fast nie ist es Selbstzweck. Anders ist das beim Beruf. „Was machen Sie beruflich“, ist an sich eine sehr gute Frage, wenn man mehr über jemanden wissen will. Zum Beispiel folgen „Einstellungen“ eher Aspekten des Berufs als dem Einkommen (Kiecolt 1988). Der Beruf ist Einkommensquelle, aber vor allem ist er ein immaterieller Besitz, der den Rang in der Gesellschaft direkt mitbestimmt. Im Gegensatz zu materiellem Besitz und Einkommen unterliegt der Beruf keinem Tabu, außer in speziellen Fällen, und kann ohne weiteres erfragt werden. Die Hauptquelle von Daten zur Verteilung der Berufe ist der Mikrozensus, die größte und aktuellste der Stichprobenerhebungen in Österreich. Der Beruf kann hier mit einem Reichtum an anderer Information kombiniert werden, allen voran jene, die für die zweite Frage entscheidend ist, nämlich die Bildung, das Alter, das Geschlecht und eine Reihe von migrationsbezogenen Angaben. Dadurch wird es möglich, die Frage zu stellen und zu beantworten, ob dieser wesentliche Teil des Besitzes, der Beruf, allein durch Ausbildung, Erfahrung und die am Wohnort existierenden Möglichkeiten bestimmt werde, oder ob es auch auf Aspekte der äußeren Erscheinung ankomme, etwa das Geschlecht und sichtbare und hörbare Merkmale, die auf eigene oder elterliche Migration schließen lassen. Man wird ins Treffen führen, dass auch Motivation, Intelligenz und anderes mehr eine Rolle spiele. Manches davon mag zum Teil angeboren oder in frühem Alter entscheidend geformt werden, aber im Normalfall bleibt, zum Beispiel, Motivation sehr von der Situation abhängig, nicht von der Person, die motiviert aus einer Interaktion hervorgeht oder auch nicht. Umfassende, gut zugängliche Information in dieser Hinsicht gibt es aber nur über die Bildung. Nolens volens ist das die Strategie, auf welche sich der vorliegende Beitrag stützt, und auf die sich auch die Verwaltung und die Politik auf Bundes- und Landesebene stützen können. Nicht gangbar ist sie auf kommunaler Ebene, weil der Beruf nur im Mikrozensus vorhanden ist und in keiner anderen Datenquelle, und der Mikrozensus unterhalb der Landesebene nur noch Differenzierungen auf NUTS3-Ebene zulässt, nicht auf kommunaler. Auf kommunaler Ebene müsste man anders vorgehen und hat man auch andere Möglichkeiten.

Die dritte Frage müsste dann sein, in welchem Maß die laufenden Einwanderinnen und Einwanderer die Voraussetzungen für den Erwerb eines durchschnittlichen Besitzstands am Tag ihrer Ankunft besitzen. Diese Information wird vom Bund gar nicht, von den Ländern bestenfalls unvollständig erhoben. Wenn von den mitgebrachten Voraussetzungen her ein rascher Eintritt in den sozialen Mainstream wenig wahrscheinlich erscheint, wird die vierte Frage sein müssen, ob und bis wann sie oder ihre Nachfahren bessere Voraussetzungen erwerben können. Wenn die mitgebrachten oder im Inland erworbenen Voraussetzungen hinreichend erscheinen, wird sich früher oder später statt dessen die Frage stellen, was einen Teil der Betroffenen daran hindere, sie

wie erwartet in Wert zu setzen. Das Beispiel der Frauen macht klar, dass völlig gleiche Voraussetzungen, nicht nur der Bildung und Ausbildung, auch der Deutschbeherrschung, der Umgangsformen usw, nicht gleich honoriert werden. Je nach den Merkmalen einer Person wird sie in Berufe und Stellungen rekrutiert oder auch nicht. Die tatsächlich nötigen Voraussetzungen zu erfüllen, ist bislang keineswegs ausreichend.

In diesem Beitrag werden Indikatoren für die Bundesländer zu den zentralen Bereichen des Integrationserfolgs des Arbeitsmarktes präsentiert, die auf die voranstehenden Fragen soweit wie möglich antworten.

### **Für diese Untersuchung drei Bevölkerungsteile**

Um die Bevölkerung für einen Vergleich einzuteilen, muss man einen Verdacht haben, welche Merkmale einen Unterschied machen und die Merkmale müssen in den Daten erfasst sein. Was Migration betrifft, stehen im Mikrozensus neben der aktuellen Staatsangehörigkeit seit 2001 der (heutige) Geburtsstaat und seit 2008 die (heutigen) Geburtsstaaten der Eltern zur Verfügung. Außerdem gibt es eine Angabe zum Jahr des Aufenthaltsbeginns, sodass man das damalige Alter und die Aufenthaltsdauer berechnen kann, und eine Angabe zum Jahr, in dem die bisher höchste Bildung bzw Ausbildung abgeschlossen wurde, woraus man ermitteln kann, ob sie aller Wahrscheinlichkeit nach im Ausland oder im Inland absolviert wurde. Genauere Untersuchungen, was davon für den beruflichen Erfolg wichtiger oder weniger wichtig ist, gibt es bislang nicht. Die bisherigen Erfahrungen lassen vermuten, dass die Aufenthaltsdauer und das Alter beim Aufenthaltsbeginn nicht sonderlich einflussreich sind, sehr wohl aber der Bildungsstaat und dort besonders die Unterscheidung zwischen EU15 und EFTA einerseits und dem Rest der Welt andererseits. Die gleiche Unterscheidung hat sich auch bei den elterlichen Geburtsstaaten bewährt.

Die Einteilung der Bevölkerung für die Zwecke dieser Untersuchung		
	Höchsten Abschluss nicht in EU15, EFTA gemacht	Höchsten Abschluss in EU15, EFTA gemacht
Beide Elternteile nicht in EU15, EFTA geboren	<b>Einwanderinnen und Einwanderer</b>	<b>„zweite Generation“</b>
Mindestens ein Elternteil in EU15, EFTA geboren		<b>„Inländerinnen und Inländer“</b>
EU15, EFTA inkludiert Österreich. Malta und Zypern sind ebenfalls hier inkludiert.		



Anders als beim Bildungsstaat tritt dabei aber die Frage auf, wohin man jene rechnen soll, die einen in den EU15 und EFTA Staaten geborenen Elternteil haben und einen, der im Rest der Welt geboren wurde. Es hat sich bewährt, sie zum EU15 und EFTA Bevölkerungsteil dazu zu nehmen. Das wird daher hier ebenfalls gemacht werden.

So abgegrenzt wie hier, gibt es „zweite Generation“ in allen Altersgruppen, „erste Generation“ in allen Altersgruppen ab 15 Jahren. „Erste Generation“ heißt hier, mit abgeschlossener Bildung eingewandert zu sein. Es heißt nur in einem Teil der Fälle, die Eltern der „zweiten Generation“ zu sein. In den meisten Bundesländern gibt es im Alter von etwa 30 Jahren gleich viel „erste“ wie „zweite Generation“, im Alter darüber mehr „erste“, darunter mehr „zweite“. Im Burgenland besteht Gleichstand zur Zeit noch im Alter von etwa 20 Jahren, in Salzburg bei etwa 25 Jahren, in Vorarlberg bei etwa 35 Jahren. In der Altersgruppe von 15 bis unter 45 Jahren insgesamt ist das Verhältnis „erste“ zu „zweite Generation“ etwa 3:2. Man muss sich unter „erster Generation“ am Arbeitsmarkt also zu erheblichem Teil eine Bevölkerung im gleichen Alter wie die „zweite Generation“ vorstellen, nicht Eltern und Kinder.

- In jedem Bundesland macht die Altersgruppe 15 bis unter 30 etwa ein Drittel der „zweiten Generation“ aus. Die dazugehörige Elterngeneration, also die 45 bis 59 Jährigen mit im Ausland gemachtem Abschluss, machen ihrerseits zwischen 22% und 37% der „ersten Generation“ aus.
- Ein weiteres Drittel der „zweiten Generation“, nämlich je nach Bundesland zwischen 28% und 41%, ist unter 15 Jahre alt. Die dazugehörige Elterngeneration macht in allen Bundesländern etwa 40% der „ersten Generation“ aus.
- Das übrige Drittel der „zweiten Generation“ ist im Alter von 30 Jahren aufwärts. „Zweite Generation“ gibt es auch in sehr hohem Alter.
- 10% bis 18% der „ersten Generation“ sind zwischen 15 und 29 Jahren alt.
- Zwischen 13% und 17% der „ersten Generation“ – im Burgenland 21% – sind 60 Jahre oder älter.

Alle im Folgenden präsentierten Daten entstammen der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung der Bundesanstalt Statistik Österreich. Sie wird seit 2004 kontinuierlich durchgeführt und steht vierteljährlich zur Auswertung zur Verfügung. Der Mikrozensus erfasst nur Privathaushalte. Flüchtlingsheime, Krankenhäuser, Gefängnisse und andere Großeinrichtungen werden nicht erfasst.

Beschäftigung heißt hier, in der Woche vor der Befragung mindestens eine Stunde gegen Bezahlung gearbeitet zu haben, oder dass man das normalerweise getan hätte, wenn man nicht gerade im Urlaub, im Krankenstand, in Mutterschutz oder Karenz gewesen wäre. Wer sich in formaler

Ausbildung befand wurde für die Zwecke der vorliegenden Untersuchung nur ab 20 Wochenstunden als beschäftigt gezählt.

## **Die Beschaffenheit des Arbeitsmarkts**

### **Ein stabiler Arbeitsmarkt für gering qualifizierte Tätigkeiten**

Mit gering qualifizierten Tätigkeiten sind Hilfs- und Anlerntätigkeiten gemeint, also solche, für die keine formelle Ausbildung über die Pflichtschule hinaus erforderlich ist und meist auch nicht angeboten wird. Häufig wird ein Führerschein vorausgesetzt. Kleinbäuerliche Landwirtschaft zählt hier ebenfalls dazu. Oft wird beklagt, der Anteil der gering qualifizierten Tätigkeiten an der Beschäftigung verringere sich. Meist wird aber vergessen zu bedenken, dass ein sinkender Anteil nicht heißen muss, dass auch die Anzahl sinkt. Der Anteil könnte ohne weiteres auch abnehmen, während die Anzahl der Beschäftigten in gering qualifizierten Tätigkeiten zunähme, nämlich wenn die Zunahme in mittleren und höheren Tätigkeiten noch größer wäre. Der Anteil der gering qualifizierten Tätigkeiten an der Beschäftigung ist daher für eine mit Integration befasste Verwaltungsstelle kein empfehlenswerter Indikator für das Geschehen am Arbeitsmarkt. Sie muss auf die Anzahl achten, nicht auf den Anteil.

Da die Beschäftigung in Hilfs- und Anlerntätigkeiten konjunkturell stärker schwankt als bei anderen Berufsschichten, kommt es sehr auf die Wahl der Zeitpunkte an, zwischen denen man vergleicht. Je mehr man heranzieht, desto geringer die Gefahr, falsche Schlüsse zu ziehen. Uns stehen die Daten für 22 Quartale von Anfang 2004 bis Mitte 2009 zur Verfügung.

- Zwischen Anfang 2004 und Mitte 2009 gingen in fünf Bundesländern sowohl der Anteil als auch die Anzahl tendenziell zurück, am meisten in Vorarlberg, nämlich die Anzahl um durchschnittlich 2,5% pro Jahr, der Anteil um durchschnittlich 1,1 Prozentpunkte pro Jahr, am wenigsten in Wien, nämlich um 0,5% und 0,5 Prozentpunkte. Dazwischen lagen das Burgenland (1,2%, 0,8 Prozentpunkte), die Steiermark (1,2%, 0,7 Prozentpunkte) und Salzburg (1,0%, 0,5 Prozentpunkte).
- In Niederösterreich und in Oberösterreich sank der Anteil um 0,3 bzw 0,2 Prozentpunkte pro Jahr, aber die Anzahl stieg um 0,1% bzw 0,9% pro Jahr.
- In Kärnten und in Tirol nahm beides zu, nämlich der Anteil um 0,03 bzw 0,1 Prozentpunkte und die Anzahl um 1,3% bzw 1,8%.
- In ganzen Zahlen heißt das, dass die gering qualifizierten Tätigkeiten sich in Tirol pro Jahr um rund 1.600 Arbeitsplätze vermehrten und in der Steiermark um etwa 1.600 pro Jahr verringerten. In Oberösterreich nahmen sie um etwa 1.500 zu, in Vorarlberg um etwa 1.300 ab,

in Kärnten nahmen sie um etwa 800 zu, in Wien um etwa 900 ab, in Salzburg um etwa 600 und im Burgenland um etwa 400 ab, in Niederösterreich um etwa 200 zu.

**Die jährliche Veränderung der Beschäftigung in Hilfs- und Anlerntätigkeiten, Trend Anfang 2004 bis Mitte 2009 und Anfang 2004 bis September 2008**

2004 bis 2009	B	N	W	K	St	O	S	T	V
Anzahl	-381	207	-936	763	-1.617	1.510	-621	1.608	-1.279
Anzahl, %	-1,23	0,13	-0,53	1,33	-1,17	0,87	-0,96	1,77	-2,55
Anteil, %-Punkte	-0,82	-0,29	-0,49	0,03	-0,65	-0,20	-0,52	0,11	-1,13
2004 bis 2008									
Anzahl	-300	2.540	2.094	1.015	-1.018	3.514	281	3.225	-944
Anzahl, %	-0,97	1,61	1,18	1,76	-0,74	2,02	0,44	3,56	-1,89
Anteil, %-Punkte	-0,92	-0,07	-0,18	-0,01	-0,70	-0,04	-0,28	0,49	-1,06

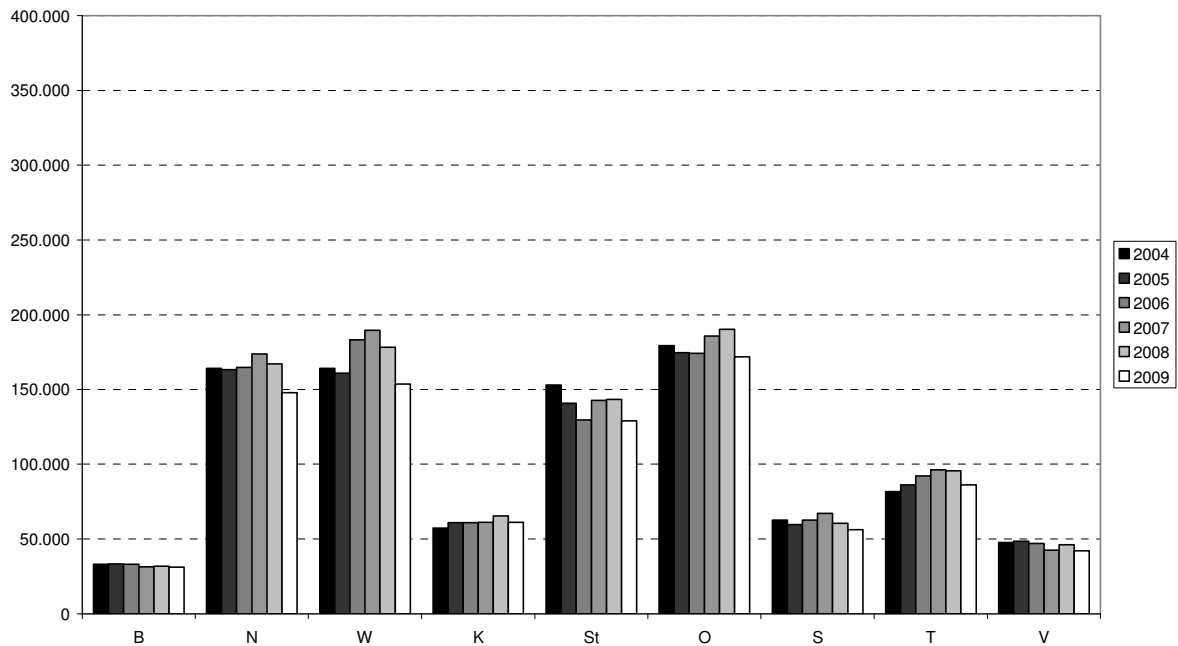
Eigene Berechnungen aus dem Mikrozensus 2004-2009 der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Im Sommer 2008 machten Hilfs- und Anlerntätigkeiten 26% der Beschäftigung aus, also einen von vier Arbeitsplätzen. Am niedrigsten war der Anteil mit 23% in Niederösterreich, am höchsten mit 30% in Tirol. Gering qualifizierte Tätigkeiten sind kein Randbereich der österreichischen Wirtschaft, in keinem Bundesland.

Die Rückgänge ereigneten sich im Wesentlichen in der Krise ab dem Herbst 2008. Bis dahin waren in nur drei Bundesländern sowohl Anzahl als auch Anteil gesunken, nämlich Burgenland, Steiermark und Vorarlberg. In fünf hatte es Zuwächse der Anzahl bei gleichzeitig fallendem Anteil gegeben und in Tirol Zuwächse auch beim Anteil. Die Veränderungen hatten sich zwischen -1.000 jährlich in der Steiermark und +3.500 jährlich in Oberösterreich bewegt. Einen Zusammenhang zwischen der Entwicklung vor der Krise und in der Krise scheint es eher nicht zu geben. Die Beschäftigung in Hilfs- und Anlerntätigkeiten könnte auch nach der Krise erneut zunehmen. Da sie stets relativ stark auf die Konjunktur reagiert, hängt alles davon ab.

Vergleicht man der Einfachheit halber nur die 2. Quartale aus jedem Jahr von 2004 bis 2009, wie in der nachstehenden Abbildung, dann findet sich ein einziges Bundesland, das die höchste Beschäftigung in Hilfs- und Anlerntätigkeiten bereits 2004 aufwies, nämlich die Steiermark. In Vorarlberg tritt der Höchstwert 2005, im Burgenland 2006 auf, in Niederösterreich, Wien, Salzburg und Tirol aber erst 2007 und in Kärnten und Oberösterreich erst 2008. Im Krisenjahr 2009 haben nicht einmal alle Bundesländer den niedrigsten Wert. Dieser trat in Kärnten und Tirol bereits 2004 auf und im Burgenland, der Steiermark, Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg weist 2009 zwar die kleinste Beschäftigung auf, aber es gab in vorangehenden Jahren bereits ähnlich niedrige Werte. Die Sorge um die Zahl und den Anteil der gering qualifizierten Tätigkeiten hat offensichtlich andere Gründe als die reale Entwicklung am Arbeitsmarkt.

### Die Beschäftigung in Hilfs- und Anlerntätigkeiten, Durchschnitt April bis Juni



Eigene Auswertung aus dem Mikrozensus 2004 bis 2009 der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Zu den mittleren Tätigkeiten zählen solche, die abgeschlossene formale Ausbildungen über die Pflichtschule hinaus voraussetzen, aber keine Matura. Typisch hierfür sind Facharbeits- und die ganzen unterstützenden Bürotätigkeiten. Ob selbständig oder unselbständig, ist belanglos. Mittelbetrieblich landwirtschaftliche Tätigkeit ist inbegriffen. Der grundsätzliche Trend der Beschäftigung in mittleren Tätigkeiten besteht in einem kontinuierlichen Anstieg bis 2008 und einem leichten Rückgang in der Krise. Salzburg und Tirol stechen heraus, weil sie von 2004 bis 2008 bzw 2009 dem Trend nach Beschäftigungsverluste aufwiesen, und zwar in der Größenordnung von -0,6% und -0,1% jährlich. Besonders starke Zunahmen waren in Vorarlberg mit 3,8% und im Burgenland mit 2,9% jährlich zu bemerken. In den übrigen Bundesländern bewegten sie sich zwischen 0,4% und 1,5% pro Jahr. In fünf Bundesländern ging der Anstieg der Anzahl der Arbeitsplätze in mittleren Tätigkeiten mit einem Rückgang ihres Anteils an der gesamten Beschäftigung einher. Auch bei den mittleren Tätigkeiten ist daher der Anteil ein Indikator, der nur in die Irre führen kann.

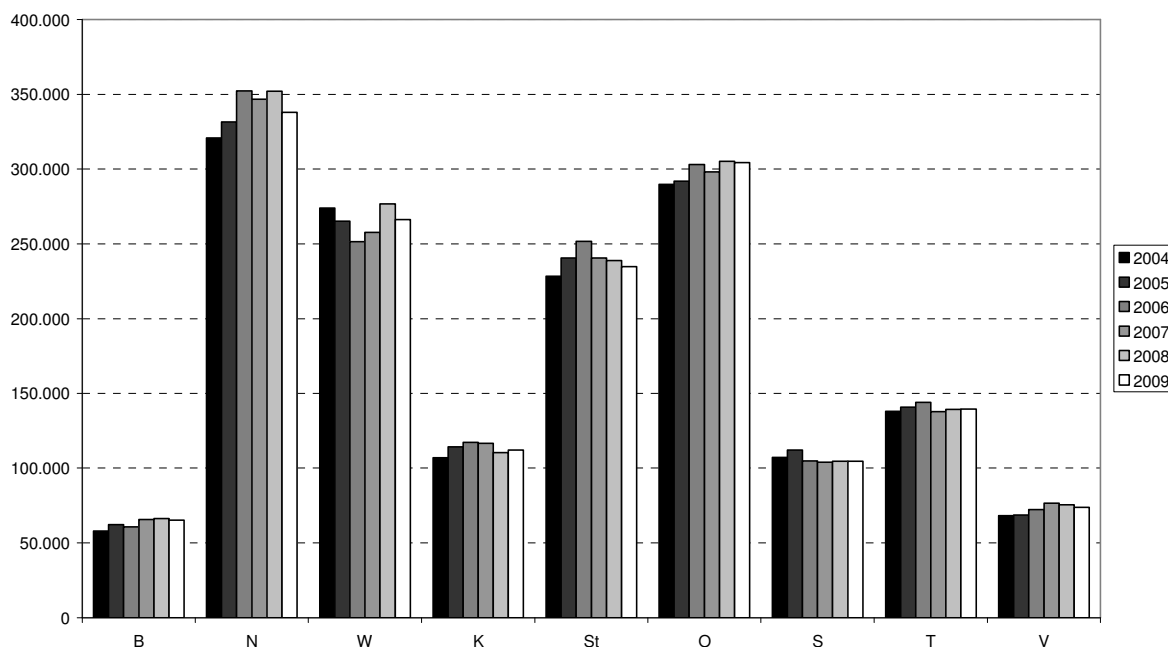
Die jährliche Veränderung der Beschäftigung in mittleren Tätigkeiten, Trend Anfang 2004 bis Mitte 2009 und Anfang 2004 bis September 2008

2004 bis 2009	B	N	W	K	St	O	S	T	V
Anzahl	1.532	4.551	984	877	1.258	3.723	-630	-152	2.454
Anzahl, %	2,88	1,45	0,41	0,90	0,58	1,32	-0,62	-0,12	3,83
Anteil, %-Punkte	0,24	-0,04	-0,41	-0,13	-0,31	-0,14	-0,70	-0,66	0,94
2004 bis 2008									
Anzahl	1.824	6.797	1.645	2.012	2.795	4.171	-799	-234	3.146
Anzahl, %	3,43	2,16	0,68	2,06	1,29	1,48	-0,79	-0,19	4,92
Anteil, %-Punkte	0,14	0,06	-0,50	0,10	-0,28	-0,32	-0,99	-0,87	1,16

Eigene Berechnungen aus dem Mikrozensus 2004-2009 der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Vergleicht man wieder die 2. Quartale, dann gibt es kein Bundesland, das bereits 2004 den höchsten Beschäftigungsstand in mittleren Tätigkeiten gehabt hätte. Salzburg weist den Höchststand 2005 auf, Kärnten, die Steiermark und Tirol 2006, Vorarlberg 2007 und Burgenland, Niederösterreich, Wien und Oberösterreich 2008. Kein Bundesland hat den höchsten Beschäftigtenstand 2009, aber auch keines den niedrigsten. Der niedrigste Stand tritt in sechs Bundesländern 2004 auf, in Wien 2006, in Salzburg und Tirol 2007.

Die Beschäftigung in mittleren Tätigkeiten, Durchschnitt April bis Juni



Eigene Auswertung aus dem Mikrozensus 2004 bis 2009 der Bundesanstalt Statistik Österreich.

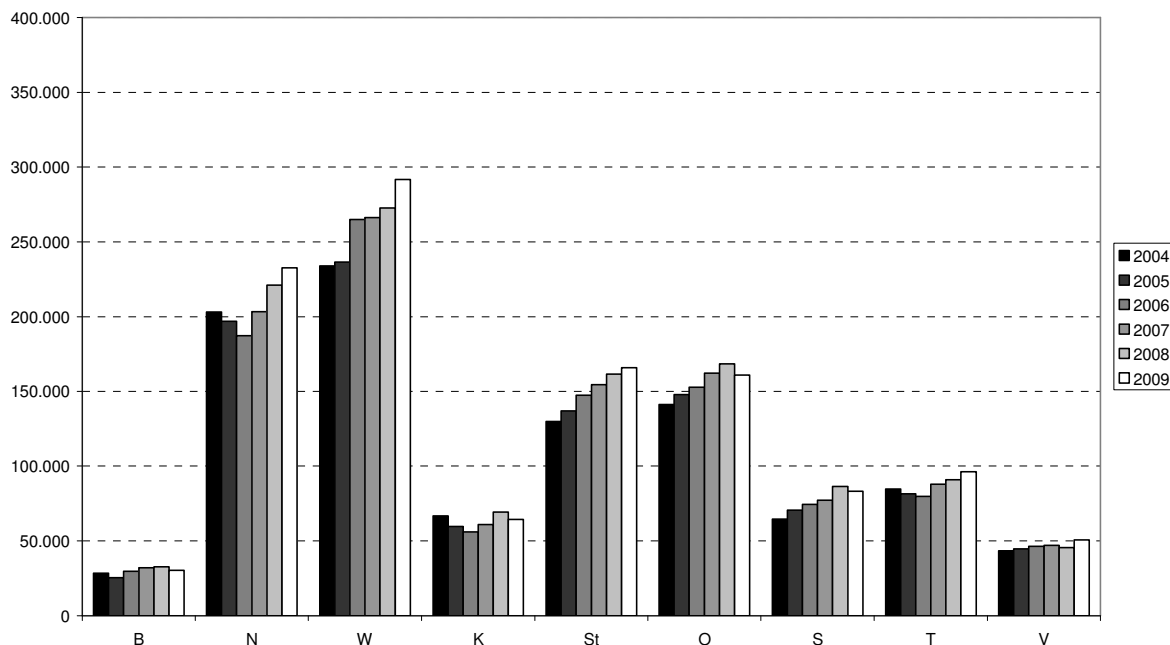
Höhere Tätigkeiten sind zum Teil durch die relativ hohen Bildungserfordernisse gekennzeichnet, zum Teil aber auch durch Leitungsfunktionen in Unternehmen oder im Staat. Die Beschäftigung nimmt kontinuierlich zu, die Konjunktur- und Saisonschwankungen sind gering und die Krise wirkte sich 2009 kaum aus. Das trifft in allen Bundesländern zu. Die Zunahmen 2004 bis Mitte 2009 bewegten sich zwischen 1,5% und 5,5% pro Jahr. Kärnten und Vorarlberg lagen am unteren Ende des Spektrums, Salzburg und die Steiermark am oberen.

Die jährliche Veränderung der Beschäftigung in höheren Tätigkeiten, Trend Anfang 2004 bis Mitte 2009 und Anfang 2004 bis September 2008

2004 bis 2009	B	N	W	K	St	O	S	T	V
Anzahl	1.325	5.362	9.823	970	6.770	4.544	3.741	2.993	893
Anzahl, %	4,47	2,58	4,03	1,48	5,31	3,30	5,46	3,56	2,01
Anteil, %-Punkte	0,58	0,33	0,90	0,10	0,96	0,34	1,22	0,56	0,20
2004 bis 2008	B	N	W	K	St	O	S	T	V
Anzahl	1.787	3.983	9.545	880	7.729	5.478	4.278	2.781	601
Anzahl, %	6,03	1,92	3,91	1,34	6,06	3,98	6,25	3,31	1,35
Anteil, %-Punkte	0,78	0,00	0,68	-0,09	0,98	0,36	1,27	0,38	-0,10

Eigene Berechnungen aus dem Mikrozensus 2004-2009 der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Die Beschäftigung in höheren Tätigkeiten, Durchschnitt April bis Juni

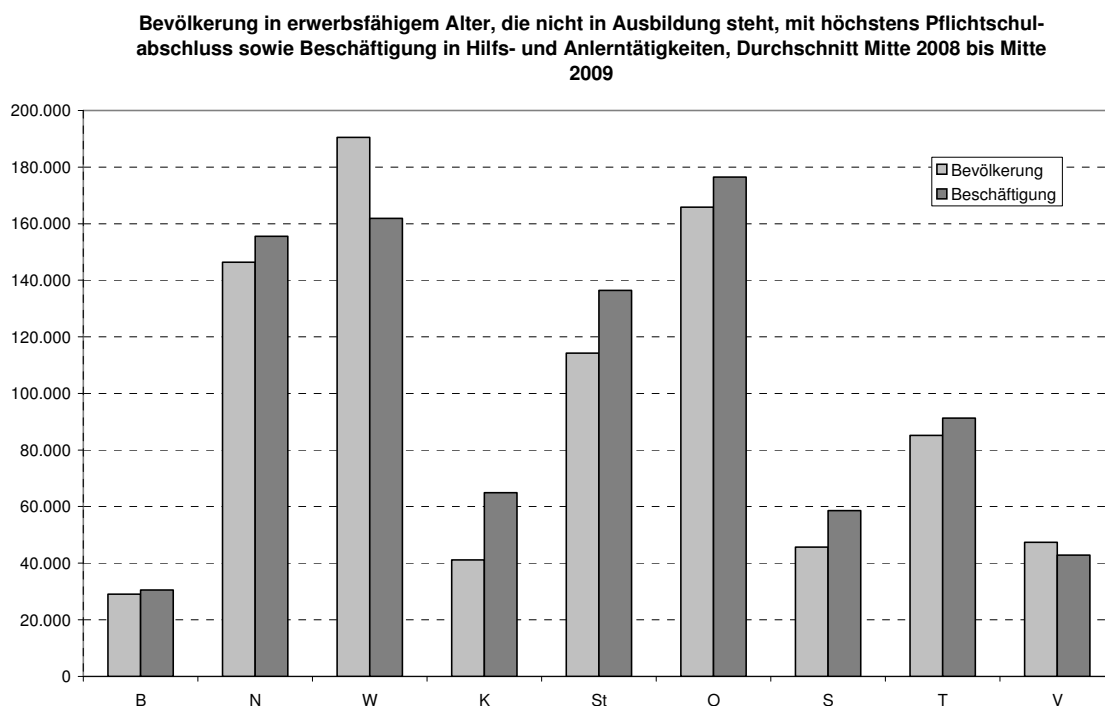


Eigene Auswertung aus dem Mikrozensus 2004 bis 2009 der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Im Vergleich der 2. Quartale tritt der Höchstwert der Beschäftigung im Burgenland, in Kärnten, Oberösterreich und Salzburg 2008, ansonsten 2009 auf. Die niedrigsten Werte treten fünf Mal im Jahr 2004 auf, einmal 2005 und drei Mal 2006.

### Es gibt einen großen Überschuss an mittleren Ausbildungen

Es gibt in Österreich mehr Beschäftigung in gering qualifizierten Tätigkeiten als es Bevölkerung mit geringen Qualifikationen gibt. Das Phänomen besteht trotz der Krise fort. Konkret war zwischen Mitte 2008 und Mitte 2009 in sieben der neun Bundesländer mehr Bevölkerung in Hilfs- und Anlerntätigkeiten beschäftigt als es Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter mit höchstens Pflichtschulabschluss gibt, die nicht mehr in Ausbildung steht. In kleinerem Ausmaß der Fall ist das in Burgenland, Niederösterreich, Oberösterreich und Tirol, wo es um 5% bis 7% geht, in größerem Ausmaß in der Steiermark (16%), in Salzburg (22%) und in Kärnten (37%). Die beiden Ausnahmen sind Wien und Vorarlberg, wo die gering gebildete Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter um 18% bzw 11% größer ist als die Beschäftigung in gering qualifizierten Tätigkeiten. Daraus folgt, dass in machen Bundesländern in erheblichem Umfang mittel und höher Ausgebildete in gering qualifizierten Tätigkeiten beschäftigt sein müssen. Weiter unten wird zum einen zu sehen sein, wen es betrifft, und zum anderen, dass es in allen Bundesländern der Fall ist.

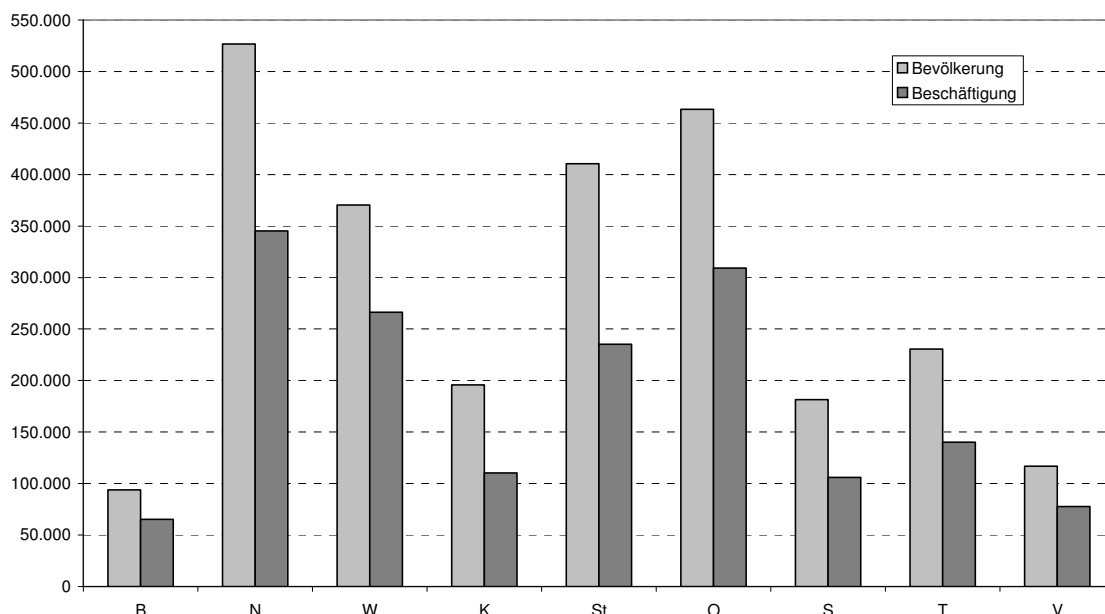


Eigene Auswertung aus dem Mikrozensus 2008-2009 der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Dass nicht die gesamte Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter, die nicht in Ausbildung steht, tatsächlich für Beschäftigung verfügbar ist, tut bei dem Vergleich zwischen Beschäftigung und Bevölkerung nichts zur Sache. Die Hauptgründe sind ja vorzeitige Pensionierung und Haushaltsführung bzw Kinderbetreuung. Hier gibt es gesetzliche Vorschriften und monetäre Anreize, sich aus dem Arbeitsmarkt fernzuhalten. Das müsste nicht unbedingt sein und könnte im Prinzip jederzeit revidiert werden. Man muss daher grundsätzlich auch diesen Teil der Bevölkerung zur Arbeitsmarktreserve zählen. Anders ist das mit jenem kleinen Teil der Bevölkerung, der in Mutterschutz oder tatsächlich und unabänderlich arbeitsunfähig ist, wobei die tatsächliche Arbeitsunfähigkeit aber geringer ist als die zugeschriebene. Die für den Arbeitsmarkt relevante Größe ist daher ohne Zweifel (fast) die gesamte, nicht in Ausbildung stehende Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter.

Mittlere Ausbildungen umfassen abgeschlossene Lehre und mehrjährige BmS. In allen Bundesländern gibt es deutlich mehr Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter mit mittlerer Ausbildung als es Beschäftigte in mittleren Positionen gibt. Die Überschüsse betragen in den drei östlichen Bundesländern zwischen 39% und 53%, in den beiden südlichen 75% bzw 78% und in den vier westlichen zwischen 50% und 71%.

**Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter, die nicht in Ausbildung steht, mit mittleren Abschlüssen im Vergleich zur Beschäftigung in mittleren Tätigkeiten, Durchschnitt Mitte 2008 bis Mitte 2009**

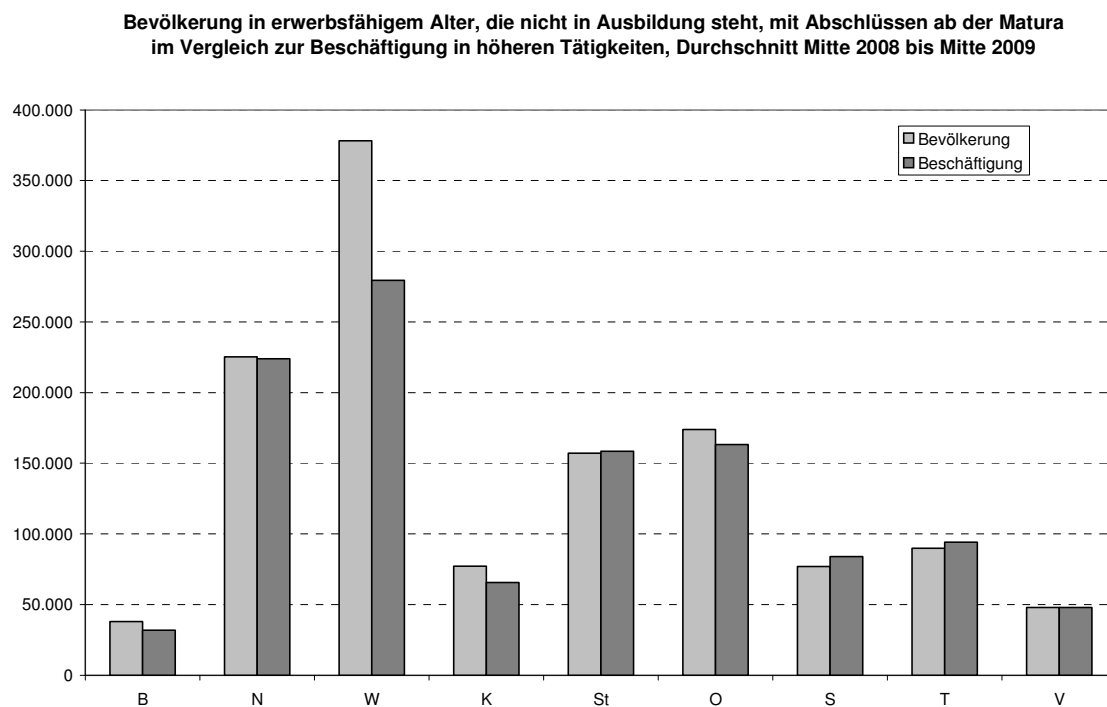


Eigene Auswertung aus dem Mikrozensus 2008-2009 der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Höhere Ausbildungen umfassen in Österreich die Matura und alles, wofür sie Voraussetzung ist. Weder „mittler“ noch „höher“ heißt, dass man jemandem vorgesetzt ist. Lehrerinnen und Lehrer



sind, zum Beispiel, bei den höheren Berufen dabei. Es geht eher um Ansehen und um den Bildungsaufwand. Im höher gebildeten Bereich ist vor allem in Wien die Bevölkerung deutlich größer als die Beschäftigung, nämlich um etwa 35%. Im Burgenland und in Kärnten ist die Bevölkerung um 19% bzw 18% größer, in Oberösterreich um etwa 6%. In drei Bundesländern, nämlich Niederösterreich, Steiermark und Vorarlberg, ist sie gleich groß wie die Beschäftigung, in Tirol aber um 5% und in Salzburg um 9% kleiner.



Eigene Auswertung aus dem Mikrozensus 2008-2009 der Bundesanstalt Statistik Österreich.

### Überqualifizierte machen ein Viertel der Beschäftigung aus

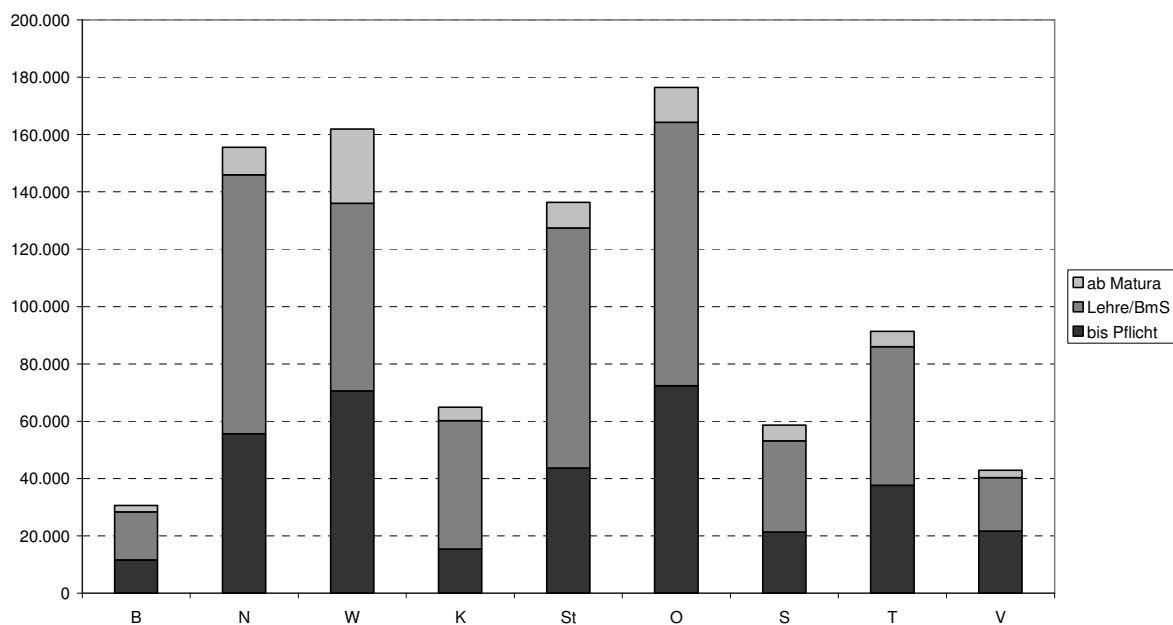
Die große Häufigkeit von mittleren Ausbildungen führt dazu, dass viele mit mittlerer Ausbildung in Anlern- und teils in Hilfstätigkeiten beschäftigt sind. Die Anlernertätigkeiten in der Industrie sind oft relativ gut bezahlt und manche davon erfordern auch viel Geschick und erhebliche kognitive Leistungen. Hier dient die Maschine den Beschäftigten als Werkzeug. Die Mehrzahl ist aber eher stressig und monoton und die Beschäftigten haben sich nach der Maschinerie zu richten, nicht umgekehrt. Davon abgesehen befindet sich nur eine Minderheit der Anlern- und besonders auch der Hilfstätigkeiten in der Industrie. Der größte Teil ist in den Dienstleistungen und im Handwerk zu finden.

Je nach Bundesland werden zwischen 40% und 69% der Beschäftigung in gering qualifizierten Tätigkeiten von mittel Ausgebildeten wahrgenommen. Nur in zwei Bundesländern, nämlich Wien

mit 40% und Vorarlberg mit 44%, werden gering qualifizierte Tätigkeiten zu weniger als der Hälfte von mittel Ausgebildeten ausgeführt, und nur in Vorarlberg zu mehr als der Hälfte (51%) von gering Gebildeten, in Wien zu 44%, in sechs Bundesländern zu 36% bis 41% und in Kärnten zu nur 24%. In Kärnten werden die gering qualifizierten Tätigkeiten zu mehr als zwei Dritteln (69%) von mittel Ausgebildeten ausgeführt, in der Steiermark zu 61%, in Niederösterreich zu 58%, im Burgenland, in Salzburg, in Tirol und in Oberösterreich zu 55% bis 52%. In Wien entfallen zudem 16% der Beschäftigung in Hilfs- und Anlerntätigkeiten auf Personen mit höherer Bildung, in Salzburg 9%, ansonsten 6% oder 7%. Das könnte mit der Häufigkeit von Studierenden im jeweiligen Bundesland zusammenhängen, die mehr als 20 Wochenstunden beschäftigt sind, aber auch mit der Häufigkeit höher gebildeter Einwanderinnen und Einwanderer. Das wird weiter unten geklärt werden.

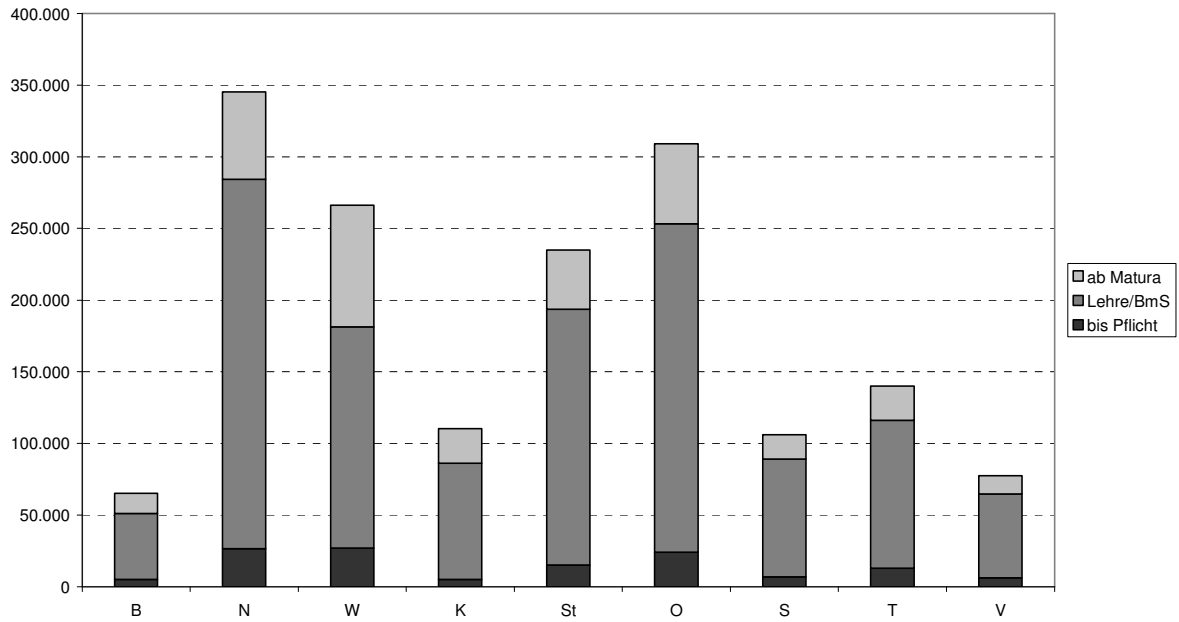
Überqualifizierte Beschäftigte sind bei beiden Geschlechtern ungefähr gleich häufig, aber nicht gleich über die Bildungsebenen verteilt.

**Die bildungsmäßige Zusammensetzung der Beschäftigung in den Hilfs- und Anlerntätigkeiten  
Durchschnitt Mitte 2008 bis Mitte 2009**



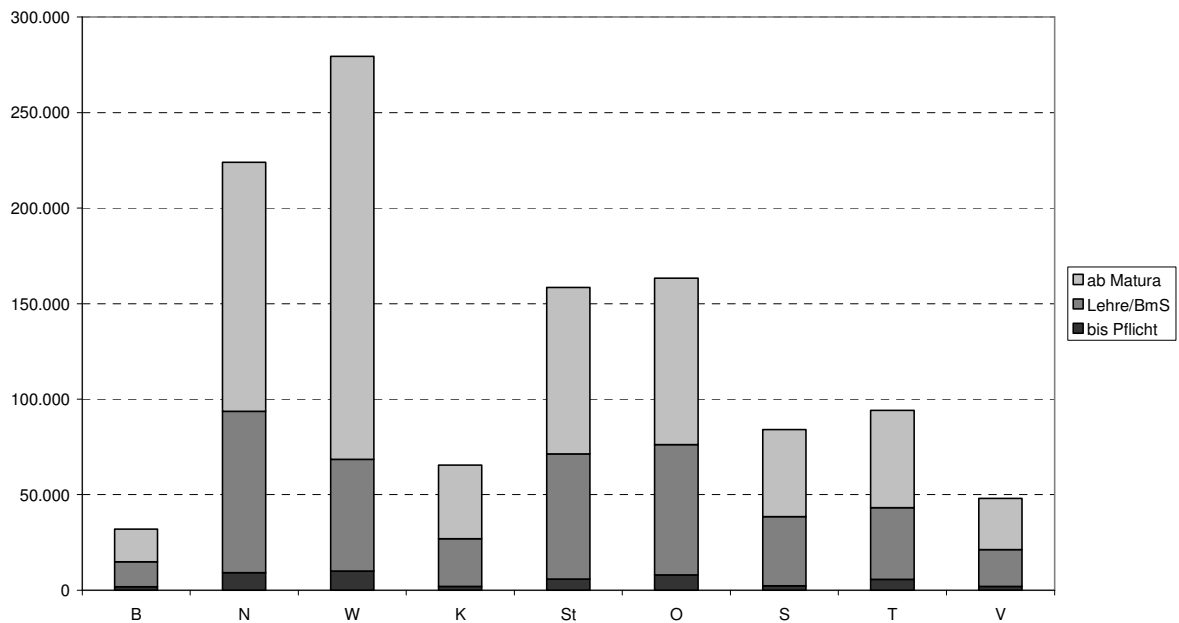
Eigene Auswertung aus dem Mikrozensus 2008-2009 der Bundesanstalt Statistik Österreich.

**Die bildungsmäßige Zusammensetzung der Beschäftigung in den mittleren Tätigkeiten  
Durchschnitt Mitte 2008 bis Mitte 2009**



Eigene Auswertung aus dem Mikrozensus 2008-2009 der Bundesanstalt Statistik Österreich.

**Die bildungsmäßige Zusammensetzung der Beschäftigung in den höheren Tätigkeiten  
Durchschnitt Mitte 2008 bis Mitte 2009**



Eigene Auswertung aus dem Mikrozensus 2008-2009 der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Hilfs- und Anlernertätigkeiten, die von mittel Gebildeten ausgeführt werden, machen zwischen 9% (Wien) und 19% (Kärnten) der gesamten Beschäftigung im jeweiligen Bundesland aus, wobei die übrigen sieben Bundesländer alle zwischen 11% und 16% liegen. Die von höher Gebildeten ausgeführten Hilfs- und Anlernertätigkeiten machen bis zu 4% der Gesamtbeschäftigung aus und höher Gebildete in mittleren Tätigkeiten zwischen 7% und 12%. Rechnet man diese drei Klassen der Überqualifizierung zusammen, so kommt Kärnten auf 31% der Beschäftigung und die übrigen Bundesländer auf 20% bis 26%. Vorarlberg, Salzburg und Niederösterreich liegen im unteren Bereich, Tirol, Oberösterreich, Steiermark, Wien und Burgenland im oberen. Außer in Wien hat überall mehr als die Hälfte der überqualifizierten Beschäftigten mittlere Ausbildung.

Die Frage ist nun, was auf diesem Arbeitsmarkt für die einzelnen Bevölkerungsteile an Beschäftigung und Beschäftigungslosigkeit und an Art der Beschäftigung herauskommt.

## **Die soziale Positionierung der Bevölkerung mit mindestens einem in den EU15 und EFTA Staaten geborenen Elternteil**

### **Anteil an der Gesamtbevölkerung**

Die Bevölkerung mit mindestens einem in den EU15 und EFTA Staaten geborenen Elternteil macht in Wien 63% der Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter aus, die nicht in Ausbildung steht, im Burgenland, in der Steiermark und in Kärnten 92% oder 93% und in den übrigen fünf Bundesländern zwischen 81% und 89%.

### **Bildungsstand und Beschäftigungschancen**

Was bringt dieser Bevölkerungsteil an Ausbildung zum Arbeitsmarkt und wie gut wird es dort angenommen?

- Je nach Bundesland haben zwischen 11% und 18% nur höchstens Pflichtschule abgeschlossen. Von ihnen sind zwischen 57% und 68% beschäftigt. In den vier westlichen Bundesländern ist Beschäftigung wahrscheinlicher als in Kärnten, Wien und der Steiermark. In Vorarlberg und in Tirol sind Männer häufiger beschäftigt als Frauen. Der Unterschied zwischen den Geschlechtern beträgt 10 bzw 8 Prozentpunkte. In Kärnten beträgt die Differenz 6 Prozentpunkte, in Wien 4, in Oberösterreich 3, in der Steiermark 1, im Burgenland 0. In Niederösterreich und in Salzburg sind schwache Beschäftigungsvorteile der Frauen zu beobachten (2 Prozentpunkte). Die Differenzen sind alle zu klein, um als statistischer Nachweis eines Unterschieds gelten zu können. Als Andeutung, dass auch in Österreich allmählich einzutreten beginnt, was woanders bereits vollzogen ist, nämlich dass Frauen häufiger beschäftigt sind als Männer, kann man es dennoch gelten lassen.

- In Wien haben 43% eine mittlere Ausbildung – Lehre oder mehrjährige BmS – abgeschlossen, in den anderen Bundesländern zwischen 60% und 64%. Sie sind je nach Bundesland zu 76% bis 85% beschäftigt, also in bedeutend höherem Maß als die Bevölkerung mit höchstens Pflichtschulabschluss. Auch auf dieser Ausbildungsstufe sind die Beschäftigungschancen in allen Bundesländern außer der Steiermark größer als in Wien und in Kärnten. Auf dieser Bildungsstufe sind in Wien die Frauen häufiger beschäftigt als die Männer (79% zu 74%). In Niederösterreich beträgt der Unterschied zugunsten der Männer nur 1 Prozentpunkt. In den anderen Bundesländern sind es 4 bis 9 Prozentpunkte.

Die Bildungsverteilung der Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter mit mindestens einem in den EU15 und EFTA Staaten geborenen Elternteil, Prozent, Durchschnitt Mitte 2008 bis Mitte 2009

	bis Pflicht	Lehre / BmS	ab Matura
Burgenland	18 ± 1	60 ± 2	22 ± 1
Niederösterreich	14 ± 1	61 ± 1	25 ± 1
Wien	11 ± 1	43 ± 2	45 ± 2
Kärnten	12 ± 1	64 ± 1	25 ± 1
Steiermark	15 ± 1	62 ± 1	22 ± 1
Oberösterreich	17 ± 1	61 ± 1	22 ± 1
Salzburg	11 ± 1	64 ± 1	26 ± 1
Tirol	17 ± 1	60 ± 1	23 ± 1
Vorarlberg	14 ± 1	61 ± 2	25 ± 1

Eigene Berechnungen aus dem Mikrozensus 2008-2009 der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Beschäftigungsraten der Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter mit mindestens einem in den EU15 und EFTA Staaten geborenen Elternteil, nach dem höchsten Abschluss, Prozent, Durchschnitt Mitte 2008 bis Mitte 2009

	bis Pflicht	Lehre / BmS	ab Matura
Burgenland	63 ± 4	82 ± 2	90 ± 2
Niederösterreich	67 ± 3	83 ± 1	91 ± 2
Wien	58 ± 5	76 ± 2	90 ± 2
Kärnten	57 ± 4	77 ± 2	88 ± 2
Steiermark	60 ± 4	80 ± 1	91 ± 2
Oberösterreich	66 ± 3	85 ± 1	91 ± 2
Salzburg	68 ± 4	83 ± 1	90 ± 2
Tirol	68 ± 3	82 ± 1	90 ± 2
Vorarlberg	68 ± 4	83 ± 2	89 ± 2

Eigene Berechnungen aus dem Mikrozensus 2008-2009 der Bundesanstalt Statistik Österreich.

- In Wien haben 45% höhere Bildung, in den anderen Bundesländern zwischen 22% und 26%. Davon sind 88% bis 91% beschäftigt. Die Beschäftigungsrate ist also in allen Bundesländern fast gleich und höher als bei den beiden anderen Ausbildungsstufen. In allen Bundesländern sind die Männer eher beschäftigt als die Frauen, aber in Wien beträgt der Unterschied nur 2 Prozentpunkte im Gegensatz zu 12 in Vorarlberg. Ansonsten beträgt er zwischen 4 und 9

Prozentpunkte. Interessanterweise geht höhere Bildung mit mehr Ungleichheit zwischen den Geschlechtern einher statt mit weniger.

### Berufliche Verwendung der Bildung

Die Beschäftigten mit höchstens Pflichtschulabschluss sind in Wien zu 45%, in den anderen Bundesländern zu 57% bis 66% in Hilfs- und Anlernertätigkeiten beschäftigt, zu 29% bis 34% und in Wien zu 41% in mittleren Tätigkeiten und zu 9% bis 14% in höheren Tätigkeiten. Man braucht also, jedenfalls als „Inländerin“ bzw. „Inländer“, nicht unbedingt viel Ausbildung, um in Berufe mittleren und höheren Ansehens zu kommen. Das gilt bei beiden Geschlechtern.

Die Beschäftigten mit mittleren Abschlüssen sind zu 55% bis 62% in mittleren Tätigkeiten beschäftigt, zu 17% bis 25% in höheren und zu 17% bis 28% in Hilfs- und Anlernertätigkeiten.

Die Verteilung der Beschäftigten jeder Ausbildungsstufe mit mindestens einem in den EU15 oder EFTA Staaten geborenen Elternteil über die beruflichen Ebenen, Prozent, Durchschnitt Mitte 2008 bis Mitte 2009; jede Zeile summiert sich auf 100 Prozent

bis Pflicht	Hilfs- & Anlernertätigk.	Mittlere Tätigkeiten	Höhere Tätigkeiten
Burgenland	62 ± 5	29 ± 5	9 ± 3
Niederösterreich	57 ± 4	34 ± 4	10 ± 3
Wien	45 ± 7	41 ± 7	14 ± 5
Kärnten	64 ± 5	26 ± 5	10 ± 3
Steiermark	66 ± 4	25 ± 4	9 ± 3
Oberösterreich	62 ± 4	29 ± 4	9 ± 2
Salzburg	57 ± 6	32 ± 5	11 ± 4
Tirol	60 ± 4	28 ± 4	12 ± 3
Vorarlberg	58 ± 5	33 ± 5	9 ± 3
<b>Lehre / mehrjährige BmS</b>			
Burgenland	21 ± 2	61 ± 3	18 ± 2
Niederösterreich	19 ± 2	61 ± 2	20 ± 2
Wien	16 ± 2	59 ± 3	25 ± 3
Kärnten	28 ± 2	55 ± 2	17 ± 2
Steiermark	24 ± 2	55 ± 2	20 ± 2
Oberösterreich	21 ± 2	61 ± 2	18 ± 2
Salzburg	18 ± 2	56 ± 2	25 ± 2
Tirol	24 ± 2	56 ± 2	20 ± 2
Vorarlberg	17 ± 2	62 ± 2	21 ± 2
<b>ab Matura</b>			
Burgenland	3 ± 1	44 ± 4	53 ± 4
Niederösterreich	3 ± 1	30 ± 3	67 ± 3
Wien	2 ± 1	25 ± 2	73 ± 2
Kärnten	5 ± 1	36 ± 3	59 ± 3
Steiermark	4 ± 1	30 ± 3	66 ± 3
Oberösterreich	3 ± 1	37 ± 3	60 ± 3
Salzburg	5 ± 1	24 ± 3	71 ± 3
Tirol	5 ± 1	30 ± 3	65 ± 3
Vorarlberg	3 ± 1	32 ± 3	65 ± 3

Eigene Berechnungen aus dem Mikrozensus 2008-2009 der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Die Beschäftigten mit höheren Abschlüssen sind zu 53% bis 73% in höheren Tätigkeiten beschäftigt, wobei Wien und Salzburg am oberen Ende dieser etwas breiteren Skala zu finden sind und Burgenland am unteren. Zwischen 24% und 44% sind in mittleren Tätigkeiten beschäftigt, wobei nun Salzburg und Wien am unteren und Burgenland am oberen Ende steht. Zwischen 2% und 5% sind in Hilfs- und Anlern Tätigkeiten beschäftigt.

Als Faustregel kann man somit sagen, dass jeweils etwa 60% der Beschäftigten eines bestimmten Ausbildungsniveaus am entsprechenden beruflichen Niveau tätig sind. Zweitens gilt bei „Inländerinnen und Inländern“, dass eher die gering Gebildeten beruflich um zwei Stufen auf-, als die höher Gebildeten um zwei Stufen absteigen.

### **Aktive Arbeitsuche, passiver Beschäftigungswunsch, Inaktivität**

Wenn von der Bevölkerung mit höchstens Pflichtschulabschluss zwischen 57% und 68% beschäftigt sind, so müssen zwischen 32% und 43% ohne Beschäftigung sein. Anhand des Mikrozensus lassen sie sich auf drei Grade der Arbeitsmarktnähe aufteilen, nämlich erstens aktiv nach Arbeit suchend im Sinn der international gebräuchlichen Definition von Arbeitslosigkeit, zweitens mit Beschäftigungswunsch aber ohne aktiv zu suchen, und drittens ohne Beschäftigungswunsch.

- Je nach Bundesland sind zwischen 3% und 6% der Bevölkerung mit höchstens Pflichtschulabschluss aktiv auf Arbeitsuche und in Wien 12%. Zwischen 8% und 12% wünschen sich Beschäftigung, suchen aber im Moment nicht aktiv oder könnten eine gefundene Stelle nicht binnen zwei Wochen antreten. Zwischen 18% und 27% geben an, keinen Wunsch nach Beschäftigung zu haben. Sie sind zumeist in Frühpension, machen den Haushalt, erziehen Kinder oder sind invalid. Der größere Teil ist über 45 Jahre alt. Daraus, dass die Betroffenen angeben, keinen Wunsch nach Beschäftigung zu haben, kann man nicht schließen, dass sie eine sich bietende Gelegenheit nicht ergreifen würden.
- Von der Bevölkerung mit mittlerer Bildung sind zwischen 2% und 4% auf aktiver Arbeitssuche, zwischen 4% und 7% wünschen sich Beschäftigung und zwischen 10% und 14% nicht.
- Von der Bevölkerung mit höherer Bildung sind 1% bis 2% auf aktiver Arbeitssuche, 2% bis 3% wünschen sich Beschäftigung und 5% bis 7% nicht.

Bei der Beschäftigungslosigkeit herrscht somit ein hohes Maß an Einheitlichkeit zwischen den Bundesländern. Auf allen drei Bildungsstufen ist stets der Anteil mit Beschäftigungswunsch ungefähr doppelt so groß wie jener der aktiv Arbeit Suchenden, und der Anteil ohne Beschäftigungswunsch wieder ungefähr doppelt so groß.

Der Anteil der drei Arten von Beschäftigungslosigkeit an der Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter, die nicht in Ausbildung steht, mit mindestens einem in den EU15 und EFTA Staaten geborenen Elternteil, nach dem höchsten Abschluss, Prozent, Durchschnitt Mitte 2008 bis Mitte 2009

Bis Pflichtschule	Suche/AL	Wunsch	kein Wunsch
Burgenland	4 ± 2	10 ± 2	23 ± 4
Niederösterreich	6 ± 2	9 ± 2	19 ± 3
Wien	12 ± 3	12 ± 3	18 ± 4
Kärnten	6 ± 2	12 ± 3	25 ± 4
Steiermark	5 ± 2	9 ± 2	27 ± 3
Oberösterreich	4 ± 1	8 ± 2	21 ± 3
Salzburg	5 ± 2	8 ± 3	18 ± 4
Tirol	3 ± 1	10 ± 2	19 ± 3
Vorarlberg	5 ± 2	8 ± 2	19 ± 3
<b>Lehre / mehrjährige BmS</b>			
Burgenland	3 ± 1	4 ± 1	12 ± 1
Niederösterreich	2 ± 1	4 ± 1	10 ± 1
Wien	4 ± 1	6 ± 1	14 ± 2
Kärnten	3 ± 1	7 ± 1	14 ± 1
Steiermark	3 ± 1	4 ± 1	12 ± 1
Oberösterreich	2 ± 0	4 ± 1	10 ± 1
Salzburg	2 ± 0	4 ± 1	11 ± 1
Tirol	2 ± 0	5 ± 1	11 ± 1
Vorarlberg	3 ± 1	4 ± 1	10 ± 1
<b>Ab Matura</b>			
Burgenland	2 ± 1	2 ± 1	6 ± 2
Niederösterreich	1 ± 1	2 ± 1	5 ± 1
Wien	2 ± 1	3 ± 1	5 ± 1
Kärnten	2 ± 1	3 ± 1	7 ± 2
Steiermark	1 ± 1	2 ± 1	6 ± 1
Oberösterreich	1 ± 1	2 ± 1	6 ± 1
Salzburg	1 ± 1	2 ± 1	6 ± 1
Tirol	1 ± 1	3 ± 1	6 ± 1
Vorarlberg	2 ± 1	2 ± 1	6 ± 2

Eigene Berechnungen aus dem Mikrozensus 2008-2009 der Bundesanstalt Statistik Österreich.

### Soziale Positionierung

Setzt man die drei Bildungsstufen auf der einen Seite und auf der anderen die drei Berufsebenen sowie die drei Arten der Beschäftigungslosigkeit in einer einzigen Tabelle zusammen, so erhält man ein Raster mit 18 Feldern. Wenn man sich ansieht, wie sich in jedem Bundesland die Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter, die nicht in Ausbildung steht, über die 18 Felder verteilt, tritt wieder große Einheitlichkeit zu Tage.

- In Wien gibt es eine klare Reihung der drei wichtigsten unter den 18 Rasterfeldern: 30% der Bevölkerung sind mit höherer Bildung in höheren Tätigkeiten beschäftigt, 19% sind mit mittlerer Bildung in mittleren Tätigkeiten beschäftigt, und 10% – vor allem Frauen – sind mit höherer Bildung in mittleren Tätigkeiten beschäftigt. 8% sind mit mittlerer Bildung in höheren



Tätigkeiten beschäftigt. Zusammen sind das bereits zwei Drittel der Bevölkerung. Die verbleibenden 33% verteilen sich auf die übrigen 14 Rasterfelder.

- In den anderen acht Bundesländern befinden sich zwischen 27% und 31% der Bevölkerung im Rasterfeld mit mittlerer Bildung und Beschäftigung in mittlerer Tätigkeit. Höhere Bildung in höherer Tätigkeit macht 11% bis 16% aus, mittlere Bildung in Hilfs- und Anlern Tätigkeiten 9% bis 14% und mittlere Bildung in höheren Tätigkeiten 8% bis 13%. Diese drei Rasterpositionen liegen stets nahe beisammen. Die Spanne ist nie mehr als 3 bis 6 Prozentpunkte. In sieben Bundesländern ist die höher/höher Kombination die häufigere der drei.

Wenn man das als Skizze der sozialen Positionierung der Bevölkerung mit einem oder beiden Elternteilen aus dem Inland bzw den EU15 und EFTA Staaten akzeptiert, dann ist die Sozialstruktur in Wien offenbar etwas stärker zu höherer Bildung und höheren Tätigkeiten hin gewichtet als sonst in Österreich. Die anderen acht Bundesländer weisen ausgesprochen einheitliche Sozialstrukturen auf, wobei vor allem mittlere Bildung und das Muster ihre Verteilung auf mittlere sowie auf höhere und geringere Tätigkeiten ein dominantes Element ist.

## **Die soziale Positionierung der „zweiten Generation“**

### **Anteil an der Gesamtbevölkerung**

Im vorigen Abschnitt wurde die soziale Positionierung des weit überwiegenden Teils der Bildungsinländer skizziert. In diesem Abschnitt geht es um den viel kleineren zweiten Teil der Bildungsinländer, nämlich jene, deren beide Elternteile außerhalb der EU15 und EFTA Staaten geboren wurden („zweite Generation“). Sie machen in Wien 12% der Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter aus, die nicht in Ausbildung steht, in Vorarlberg 7%, in den anderen Bundesländern 2% bis 4%. Das sind sehr geringe Anteile und daher in Befragungen auch kleine Stichproben. Das erschwert, wie nachstehend zu sehen sein wird, präzise Aussagen erheblich.

### **Bildungsstand**

In den östlichen und südlichen Bundesländern haben zwischen 16% und 28% der „zweiten Generation“, die nicht mehr in Ausbildung steht, höchstens Pflichtschule abgeschlossen und auch Salzburg fällt in diesen Bereich, in Oberösterreich sind es 34%, in Tirol und Vorarlberg dagegen 45% bzw 46%. Mittlere Ausbildungen haben zwischen 40% und 56% abgeschlossen und höhere Ausbildungen in Vorarlberg nur 9%, im übrigen Westen und in Kärnten zwischen 15% und 20%, ansonsten zwischen 24% und 32%.

Die Bildungsverteilung der Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter, mit in den EU15 und EFTA Staaten beendeter Ausbildung und Eltern, die nicht in den EU15 und EFTA Staaten geborenen wurden, Prozent, Durchschnitt Mitte 2008 bis Mitte 2009

	bis Pflicht	Lehre / BmS	ab Matura
Burgenland	16 ± 9	52 ± 13	32 ± 12
Niederösterreich	24 ± 6	52 ± 7	24 ± 6
Wien	28 ± 4	41 ± 4	32 ± 4
Kärnten	26 ± 10	56 ± 11	18 ± 9
Steiermark	28 ± 8	46 ± 9	26 ± 8
Oberösterreich	34 ± 6	48 ± 6	18 ± 5
Salzburg	26 ± 6	54 ± 7	20 ± 6
Tirol	45 ± 7	40 ± 7	15 ± 5
Vorarlberg	46 ± 6	45 ± 6	9 ± 3

Eigene Berechnungen aus dem Mikrozensus 2008-2009 der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Die Bildungsverteilung der „zweiten Generation“ korreliert deutlich weniger mit jener der „Inländerinnen und Inländer“ als mit jener der Einwanderinnen und Einwanderer.

- Umso höher in einem Bundesland der Anteil der gering Gebildeten bei den Einwanderinnen und Einwanderern desto höher ist er auch bei der „zweiten Generation“. Der Zusammenhang verläuft aber nicht 1:1, sondern drei Prozentpunkte mehr bei den Einwanderinnen und Einwanderern gehen mit 2 Prozentpunkten mehr bei der „zweiten Generation“ einher. Wie häufig geringe Bildung bei den „Inländerinnen und Inländern“ ist, hat keinen Einfluss.
- Die Häufigkeit mittlerer Bildung bei der „zweiten Generation“ wird von der Häufigkeit bei den Einwanderinnen und Einwanderern nur wenig stärker beeinflusst als von der Häufigkeit bei den „Inländerinnen und Inländern“, von jedem der beiden allein nur relativ schwach, von beiden zusammen aber erheblich.
- Die Häufigkeit höherer Bildung wird wieder ausgesprochen stark von der Häufigkeit bei den Einwanderinnen und Einwanderern beeinflusst und nur mäßig von der Häufigkeit bei den „Inländerinnen und Inländern“.

Die Hinweise, dass der „zweiten Generation“ eine mittlere Bildung zur Norm gemacht wird, während geringe Bildung und höhere Bildung sozusagen gegen die Erwartungen der „Inländerinnen und Inländer“ quasi erkämpft werden müssen, verdichten sich. Auch dass der Übergang in einen adäquaten Beruf mit mittlerer Bildung besser gelingt als mit geringer oder mit höherer passt dazu. Die Gesellschaft honoriert bestimmte Bildungswege und pönalisiert andere, die sie als zu wenig oder als zu viel betrachtet.

Die Frage ist nun, wie viel Erfolg diesem Teil der Bevölkerung am Arbeitsmarkt zugebilligt wird. Als erstes geht es wieder um die Beschäftigung als solche, dann um die Stellung in der beruflichen Hierarchie und schließlich um die Beschäftigungslosigkeit.

### **Beschäftigung**

Von der „zweiten Generation“ mit höchstens Pflichtschulabschluss sind in Kärnten 45% und im Burgenland 83% beschäftigt, in den anderen Bundesländern zwischen 53% und 69%. Es gibt also Anzeichen für große Unterschiede zwischen den Bundesländern. Im Burgenland sind das 20 Prozentpunkte mehr, in Kärnten 13 Prozentpunkte weniger als bei der Bevölkerung mit mindestens einem in den EU15 und EFTA Staaten geborenen Elternteil, in den anderen Bundesländern zwischen 1 Prozentpunkt mehr und 11 Prozentpunkte weniger. In keinem Bundesland lässt sich bis jetzt statistisch der Nachweis führen, dass die Unterschiede im Bundesland und zwischen den Bundesländern wirklich mehr sind als Stichprobenschwankungen. Das gilt insbesondere auch für Burgenland und Kärnten. Man kann sagen, ein Beschäftigungsnachteil lasse sich befürchten, aber im Moment nicht beweisen.

Mit mittlerer Bildung sind die Beschäftigungsraten deutlich höher und die Unterschiede kleiner. Die ersteren bewegen sich außerhalb des Burgenlands in dem schmalen Band zwischen 76% und 83% und die letzteren zwischen 3 Prozentpunkten über und 6 Prozentpunkten unter den Werten der Bevölkerung mit mindestens einem in den EU15 und EFTA Staaten geborenen Elternteil. Bei absolvierter mittlerer Ausbildung herrscht also erfreulicherweise Gleichstand bei den Beschäftigungschancen.

Weniger einheitlich ist das Bild bei absolvierter höherer Bildung. Die Beschäftigungsraten bewegen sich außerhalb des Burgenlands zwischen 75% und 93%. In Salzburg ist sie möglicherweise niedriger als mit mittlerer Bildung, aber sicher nachweisen lässt sich das nicht. In allen anderen Bundesländern deuten die Zeichen darauf, dass sie gleich oder höher ist. Im Vergleich zur entsprechend gebildeten Bevölkerung mit mindestens einem in den EU15 oder EFTA Staaten geborenen Elternteil sind sie außerhalb des Burgenlands zwischen 2 Prozentpunkte höher und 15 Prozentpunkte niedriger, aber man kann in keinem Fall sicher sein, dass wirklich ein Unterschied besteht. Dem Verdacht nach sind die Chancen im Vergleich zu den „Inländerinnen bzw Inländern“ aber ungleicher als bei mittlerer Bildung. Kann das ein Effekt einer ungleichen Altersverteilung sein? Das ließe sich überprüfen, würde aber hier den Rahmen sprengen. Zu vermuten ist es eher nicht, weil ja die beruflichen Aufstiege im Lebensverlauf in den eher noch ständisch angehauchten Gesellschaften Österreichs und Deutschlands selten sind (Haller et al 1985; Grüner 1992:88f), die Alterung die Ungleichheit also nicht beheben würde.

Beschäftigungsraten der Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter mit in den EU15 und EFTA Staaten beendeter Ausbildung und außerhalb davon geborenen Eltern, nach dem höchsten Abschluss, Prozent, Durchschnitt Mitte 2008 bis Mitte 2009

	bis Pflicht	Lehre / BmS	ab Matura
Burgenland	83 ± 26	59 ± 17	71 ± 21
Niederösterreich	60 ± 14	77 ± 8	93 ± 8
Wien	53 ± 8	76 ± 6	83 ± 6
Kärnten	45 ± 22	80 ± 12	80 ± 20
Steiermark	55 ± 16	79 ± 10	81 ± 14
Oberösterreich	56 ± 11	80 ± 7	81 ± 12
Salzburg	63 ± 13	83 ± 7	75 ± 14
Tirol	69 ± 10	78 ± 9	90 ± 11
Vorarlberg	62 ± 9	80 ± 7	86 ± 14

Eigene Berechnungen aus dem Mikrozensus 2008-2009 der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Fazit ist somit, dass es bei geringer und bei höherer Bildung, nicht aber bei mittlerer, Anzeichen gibt, dass sich inländische Ausbildung von der „zweiten Generation“ nicht überall mit gleichem Erfolg in Beschäftigung umsetzen lässt wie von der Bevölkerung mit mindestens einem in den EU15 und EFTA Staaten geborenen Elternteil. Es kann aber gut sein, dass hier auch, zum Beispiel, Altersunterschiede hereinspielen. Unklar ist aber, warum sich das nur bei geringer und bei höherer Bildung auswirken würde, aber nicht auch bei mittlerer. Man müsste entweder vermuten, dass die Diskriminierung gegen höher Gebildete der „zweiten Generation“ größer sei, oder dass sie sich selbst weniger zutrauen, oder dass die Selektion in die Lehre und in die mehrjährigen Fachschulen effizienter sei als in die höheren Ausbildungen. Weiters denkbar ist, dass die familiären und freundschaftlichen Beziehungen oder auch die schulische Unterstützung beim Übergang aus mittlerer Ausbildung in Berufe besser funktionieren als beim Übergang aus höherer Bildung. Nur empirische Forschung kann hier zu einer Klärung führen.

### **Berufliche Verwendung der Bildung**

Auf allen Bildungsebenen hat die „zweite Generation“ eine größere Wahrscheinlichkeit, in Hilfs- und Anlern Tätigkeiten beschäftigt zu sein, als die Bevölkerung mit mindestens einem in den EU15 oder EFTA Staaten geborenen Elternteil.

- Bei wenig Bildung ist sie außerhalb des Burgenlands und Kärntens um 12 bis 21 Prozentpunkte höher, in Vorarlberg sogar um 31 Prozentpunkte.
- Bei mittlerer Bildung ist das weniger ausgeprägt. Außerhalb des Burgenlands und Kärntens sind es um bis zu 14 Prozentpunkte mehr, in einem Fall aber um 5 Prozentpunkte weniger.
- Bei höherer Bildung handelt es sich nur um 3 bis 8 Prozentpunkte außer in der Steiermark, wo es 28 Prozentpunkte sind.

Auch hier ist die statistische Gewissheit, dass die Unterschiede wirklich bestehen, stets deutlich unter 95%. Man hat daher Grund zu dem Verdacht, die „zweite Generation“ könne ihre im Inland gemachten Abschlüsse beruflich nicht so adäquat verwerten wie die „Inländerinnen bzw Inländer“, aber keinen Beweis. Am meisten gilt das bei geringer Bildung.

Die Verteilung der Beschäftigten jeder Ausbildungsstufe mit Ausbildung aus den EU15 oder EFTA Staaten und außerhalb davon geborenen Eltern über die beruflichen Ebenen, Prozent, Durchschnitt Mitte 2008 bis Mitte 2009; jede Zeile summiert sich auf 100 Prozent

bis Pflicht	Hilfs- & Anlerntätigk.	Mittlere Tätigkeiten	Höhere Tätigkeiten
Burgenland	60 ± 37	17 ± 28	23 ± 32
Niederösterreich	68 ± 17	8 ± 10	24 ± 16
Wien	64 ± 11	28 ± 10	9 ± 6
Kärnten	74 ± 30	22 ± 28	5 ± 14
Steiermark	87 ± 15	2 ± 6	11 ± 14
Oberösterreich	82 ± 11	11 ± 9	7 ± 8
Salzburg	77 ± 14	22 ± 14	1 ± 3
Tirol	74 ± 11	18 ± 10	8 ± 7
Vorarlberg	89 ± 7	6 ± 5	5 ± 5
<b>Lehre / mehrjährige BmS</b>			
Burgenland	37 ± 22	59 ± 22	4 ± 9
Niederösterreich	14 ± 8	69 ± 10	17 ± 8
Wien	30 ± 7	59 ± 8	11 ± 5
Kärnten	20 ± 13	68 ± 15	11 ± 10
Steiermark	37 ± 14	45 ± 14	18 ± 11
Oberösterreich	30 ± 9	53 ± 10	17 ± 8
Salzburg	30 ± 9	52 ± 10	19 ± 8
Tirol	29 ± 12	51 ± 13	19 ± 10
Vorarlberg	28 ± 9	62 ± 10	10 ± 6
<b>ab Matura</b>			
Burgenland	7 ± 14	54 ± 28	39 ± 27
Niederösterreich	6 ± 7	31 ± 14	63 ± 15
Wien	7 ± 4	40 ± 8	53 ± 9
Kärnten	10 ± 17	44 ± 29	46 ± 29
Steiermark	32 ± 18	25 ± 17	44 ± 20
Oberösterreich	12 ± 11	46 ± 17	43 ± 17
Salzburg	9 ± 11	36 ± 18	55 ± 19
Tirol	8 ± 10	38 ± 18	55 ± 19
Vorarlberg	10 ± 13	20 ± 17	70 ± 19

Eigene Berechnungen aus dem Mikrozensus 2008-2009 der Bundesanstalt Statistik Österreich.

### Aktive Arbeitsuche, passiver Beschäftigungswunsch, Inaktivität

Die nicht Beschäftigten sind in der „zweiten Generation“ mit wenig und mit mittlerer Bildung häufiger auf aktiver Arbeitssuche, also arbeitslos im internationalen Sinn des Wortes, als die Bevölkerung mit mindestens einem in den EU15 und EFTA Staaten geborenen Elternteil. Außerhalb des Burgenlands und Kärntens sind es mit wenig Bildung zwischen 8% und 20% im Vergleich zu 4% bis 12% und mit mittlerer Bildung zwischen 5% und 8% im Vergleich zu 2% bis 4%.

Die Häufigkeit von Beschäftigungswunsch ohne aktive Suche steht in keinem Zusammenhang mit dem Geburtsstaat der Eltern. Sie ist ungefähr gleich groß, egal ob die Eltern in den EU15 und EFTA Staaten geboren wurden oder nicht. Das gilt auf jeder Bildungsstufe.

Keinen Beschäftigungswunsch findet man je nach Bundesland bei 7% bis 24% der „zweiten Generation“ mit geringer Bildung und bei 18% bis 27% der Bevölkerung mit mindestens einem in den EU15 und EFTA Staaten geborenen Elternteil. Mit mittlerer Bildung sind es ohne Burgenland 7% bis 14% bzw 10% bis 14%, also faktisch Gleichstand.

Mit höherer Bildung sind zwischen den beiden Bevölkerungsteilen keine nennenswerten Unterschiede in der Häufigkeit von aktiver Suche, Beschäftigungswunsch und ohne Beschäftigungswunsch zu beobachten.

Der Anteil der drei Arten von Beschäftigungslosigkeit an der Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter, die nicht in Ausbildung steht, mit in den EU15 und EFTA Staaten beendeter Ausbildung und außerhalb davon geborenen Eltern, nach dem höchsten Abschluss, Prozent, Durchschnitt Mitte 2008 bis Mitte 2009

Bis Pflichtschule	Suche/AL	Wunsch	kein Wunsch
Burgenland	0 ± 0	8 ± 19	9 ± 19
Niederösterreich	17 ± 11	12 ± 9	11 ± 9
Wien	20 ± 6	15 ± 6	12 ± 5
Kärnten	31 ± 21	14 ± 16	10 ± 13
Steiermark	14 ± 11	7 ± 8	24 ± 14
Oberösterreich	15 ± 8	13 ± 7	16 ± 8
Salzburg	8 ± 7	15 ± 10	15 ± 9
Tirol	15 ± 8	9 ± 6	7 ± 6
Vorarlberg	17 ± 7	10 ± 5	11 ± 6
<b>Lehre / mehrjährige BmS</b>			
Burgenland	14 ± 12	4 ± 7	23 ± 15
Niederösterreich	6 ± 4	8 ± 5	9 ± 5
Wien	8 ± 4	8 ± 4	7 ± 4
Kärnten	5 ± 6	6 ± 7	9 ± 8
Steiermark	5 ± 6	3 ± 4	13 ± 9
Oberösterreich	5 ± 4	2 ± 2	14 ± 6
Salzburg	6 ± 5	4 ± 4	6 ± 5
Tirol	7 ± 6	10 ± 7	6 ± 5
Vorarlberg	7 ± 5	8 ± 5	5 ± 4
<b>Ab Matura</b>			
Burgenland	5 ± 10	5 ± 10	19 ± 18
Niederösterreich	2 ± 4	4 ± 6	1 ± 3
Wien	3 ± 3	7 ± 4	7 ± 4
Kärnten	3 ± 9	11 ± 16	6 ± 12
Steiermark	2 ± 5	7 ± 9	10 ± 11
Oberösterreich	1 ± 4	6 ± 7	12 ± 10
Salzburg	11 ± 10	10 ± 9	5 ± 7
Tirol	2 ± 5	3 ± 6	4 ± 7
Vorarlberg	5 ± 9	2 ± 5	7 ± 10

Eigene Berechnungen aus dem Mikrozensus 2008-2009 der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Es zeigt sich somit, dass die geringeren Beschäftigungsraten der „zweiten Generation“ vor allem durch höhere Arbeitslosigkeit bedingt sind, nicht durch größere Absenz vom Arbeitsmarkt. Daher mutet es mitunter etwas seltsam an, wenn AMS Vertreter sich über das „Verschwinden“ vom Arbeitsmarkt und aus Ausbildung beklagen. Dies ist ganz gewiss nicht das primäre Problem. Die erste Herausforderung besteht in den ungleichen Risiken und Chancen am Arbeitsmarkt. Dies betrifft insbesondere die Frauen aus Familien, die aus der Türkei stammen. Ganz gleich, ob sie sich religiös kleiden oder nicht, haben sie mit einem übertriebenen Maß an Ablehnung von Seiten der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zu kämpfen, wie sich im Frühling 2008 in einer Befragung in Wien zeigte (European Union Fundamental Rights Agency 2009).

### **Soziale Positionierung**

Wenn man, wie oben, wieder anhand der Verteilung über das 3 mal 6 Raster der Bildungsstufen und des Arbeitsmarkts die soziale Positionierung der „zweiten Generation“ zu skizzieren versucht, so zeigt sich:

- In sieben Bundesländern ist das für die „zweite Generation“ wahrscheinlichste Ergebnis, die Kombination von mittlerer Bildung und Beschäftigung in mittleren Tätigkeiten zu erreichen. 2008-2009 befanden sich je nach Bundesland zwischen 16% und 31% der „zweiten Generation“ in dieser Position.
- In den beiden anderen Bundesländern, nämlich Tirol und Vorarlberg, ist dagegen die Kombination von geringer Bildung und Beschäftigung in Hilfs- und Anlerntätigkeiten am wahrscheinlichsten, was dort auf 23% bzw 25% der „zweiten Generation“ zutrifft. Die Kombination mittel/mittel erreichen nur 16% bzw 22%.
- In Wien und Niederösterreich ist höhere Bildung beschäftigt in höheren Tätigkeiten mit beide Male 14% am zweitwichtigsten. In Niederösterreich kommt dann mit 10% geringe Bildung mit Beschäftigung in Hilfs- und Anlerntätigkeiten, in Wien aber höhere Bildung in mittleren Tätigkeiten (10%) und mittlere Bildung in Hilfs- und Anlerntätigkeiten (9%) sowie geringe Bildung in Hilfs- und Anlerntätigkeiten (9%).
- Im Burgenland kommt an zweiter Stelle höhere Bildung in mittleren Tätigkeiten (12%) und mittlere Bildung in Hilfs- und Anlerntätigkeiten (11%) sowie höhere Bildung in höheren Tätigkeiten (9%).
- In den südlichen und westlichen Bundesländern macht mittlere Bildung beschäftigt in Hilfs- und Anlerntätigkeiten zwischen 9% und 14% der Bevölkerung aus und geringe Bildung beschäftigt in Hilfs- und Anlerntätigkeiten 9% bis 16% sowie die bereits erwähnten 23% bzw 25% im Westen.

Auffällige Unterschiede zu den anderen Bildungsinländern betreffen vor allem die relative Wichtigkeit von geringer Bildung und von Feldern mit niedrigerer Berufs- als Bildungsebene. Wie zuvor ist aber auch hier keines der neun beschäftigungslosen Felder von besonderer Bedeutung. Hätte man nur mit Arbeitslosen zu tun, dann käme einem der Anteil der „zweiten Generation“ freilich dramatisch überhöht vor. Unter den Beschäftigungslosen mit wenig Bildung, die aktiv Arbeit suchen, stellen sie in Vorarlberg, Tirol und Wien um die 30%, in Oberösterreich und Kärnten um die 20%, in Niederösterreich, Salzburg und der Steiermark 10% bis 15%. Unter den Arbeitslosen mit mittlerer Ausbildung machen sie im Süden 3% aus, in Wien 18% und ansonsten zwischen 8% und 12%. In Salzburg bestreiten sie auch grob ein Fünftel der Arbeitslosen mit höherer Bildung und in Wien ein Zehntel. In den anderen Bundesländern sind die Anteile zu klein und die statische Unschärfe zu groß, um darüber zu berichten. In einigen Bundesländern, besonders Wien, Vorarlberg, Salzburg und Oberösterreich, hat die „zweite Generation“ auch erhöhten Anteil an den Beschäftigungslosen mit Wunsch nach Beschäftigung aber ohne aktive Suche. Es ist also einerseits nicht so, dass Arbeitslosigkeit das für die „zweite Generation“ dominante Problem wäre, andererseits kann es aber für die Arbeitsvermittler leicht so aussehen, als ob. Tatsache ist, dass es besonders in Wien und den drei westlichen Bundesländern kein großes Maß an selektiver Wahrnehmung braucht, um in der Arbeitsvermittlung die Existenz der „zweiten Generation“ für die hauptsächliche Herausforderung zu halten. Ganz zutreffen tut es dennoch nicht. Der Eindruck entsteht wohl auch, weil „Jugend“ mit „zweite Generation“ gleichgesetzt wird. Ein Teil der jugendlichen Arbeitssuchenden sind aber Einwanderinnen und Einwanderer in dem Sinn, dass sie ihre Ausbildungslaufbahn bereits vor dem Zuzug nach Österreich beendet haben.

## **Die soziale Positionierung der Bildungsausländer**

### **Anteil an der Gesamtbevölkerung**

Nach Bildungsabschluss Eingewanderte machen je nach Bundesland zwischen 5% und 25% der Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter aus, die sich nicht in Ausbildung befindet. Der Bundesdurchschnitt ist 11,4%. Darüber liegen Wien, wo jede bzw jeder vierte nach Ende des Bildungsverlaufs eingewandert ist, und Vorarlberg, wo das auf jede bzw jeden achten zutrifft. In Salzburg sind es 11%, in Oberösterreich 10%, in Tirol 8%, in Niederösterreich 7%, in der Steiermark und dem Burgenland 6% und in Kärnten 5%.

Was bringen die Einwanderinnen und Einwanderer an Ausbildung zum Arbeitsmarkt und wie gut wird es dort angenommen? In den nächsten Absätzen werden wieder zuerst die Beschäftigungschancen als solche berichtet, dann die Verteilung der Beschäftigung über die drei Hierar-

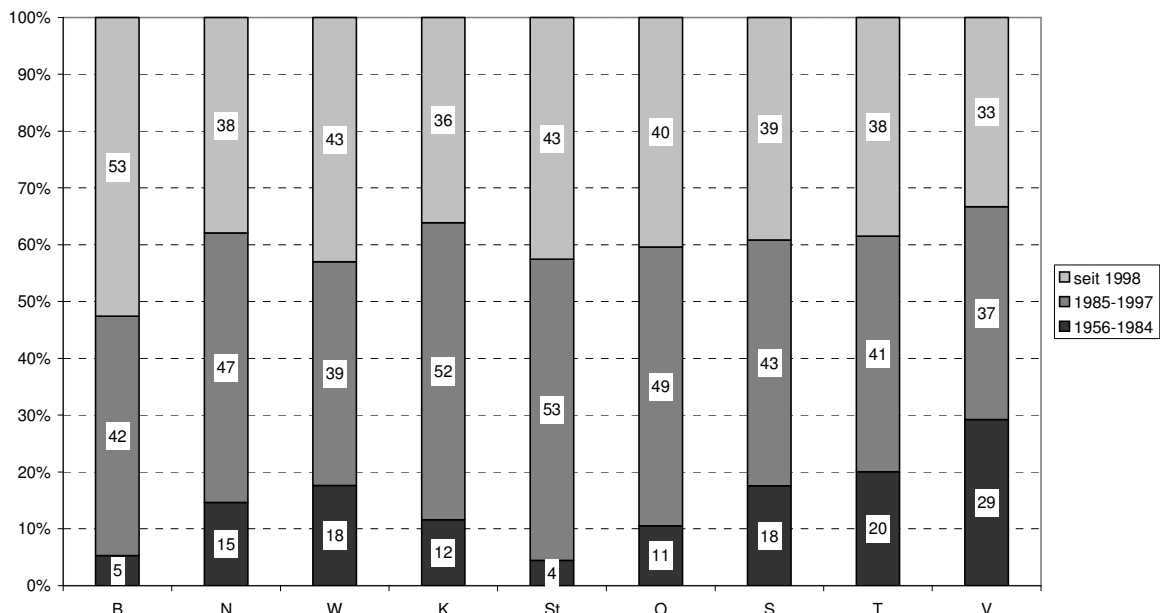


chieebenen und danach die Verteilung der Beschäftigungslosen über die Grade der Arbeitsmarktnähe. In jedem der drei Schritte wird zwischen den drei Bildungsstufen unterschieden. Nur bei den Beschäftigungschancen wird auf das Geschlecht eingegangen, da es hier die größte Rolle spielt und weil die statistischen Unsicherheiten auch ohne die Aufteilung der Geschlechter bereits erheblich sind.

### Aufenthaltsdauer

Die Anwerbung von Arbeitskräften zuerst im Inland und dann im Ausland resultierte vorwiegend in einem Zustrom von gering gebildeter Bevölkerung in die Industrie- und – mit weniger Niederlassung – in die Tourismusgebiete. Der Flüchtlingszustrom war dagegen stets überwiegend mittel und höher gebildet, zeigte aber bis Ende der 1970er Jahre wenig Neigung, sich längere Zeit in Österreich aufzuhalten. Erst die iranischen und die polnischen Flüchtlinge zu Beginn der 1980er Jahre blieben zu größerem Teil und nach ihnen die Umbruchs- und Kriegsflüchtlinge aus den früheren Ostblockstaaten und aus dem früheren Jugoslawien. Ab der zweiten Hälfte der 1980er Jahre wurde daher der Anteil der mittel und höher Gebildeten an der eingewanderten Wohnbevölkerung immer größer und zwar bei beiden Geschlechtern.

**Die Verteilung der Bevölkerung mit Bildungsabschluss außerhalb der EU15 und EFTA Staaten über die Zuzugsperioden, Durchschnitt Mitte 2008 bis Mitte 2009**



Eigene Auswertung aus dem Mikrozensus 2008-2009 der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Verteilung der Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter mit außerhalb der EU15 und EFTA Staaten beendeter Ausbildung über die Zuzugsperioden, Prozent, Durchschnitt Mitte 2008 bis Mitte 2009

	1956-1984	1985-1997	seit 1998
Burgenland	5 ± 4	42 ± 8	53 ± 8
Niederösterreich	15 ± 4	47 ± 5	38 ± 5
Wien	18 ± 2	39 ± 3	43 ± 3
Kärnten	12 ± 4	52 ± 6	36 ± 6
Steiermark	4 ± 3	53 ± 6	43 ± 6
Oberösterreich	11 ± 3	49 ± 4	40 ± 4
Salzburg	18 ± 3	43 ± 5	39 ± 4
Tirol	20 ± 4	41 ± 5	38 ± 5
Vorarlberg	29 ± 4	37 ± 4	33 ± 4

Eigene Berechnungen aus dem Mikrozensus 2008-2009 der Bundesanstalt Statistik Österreich.

### Bildungsstand

Zwischen den Bundesländern gibt es heute ausgeprägte Unterschiede in der Bildungsverteilung der Bevölkerung, die nach Abschluss ihrer Bildungslaufbahn von außerhalb der EU15 und EFTA Staaten zugezogen ist.

- Der Anteil mit höchstens Pflichtschulabschluss ist im Westen viel höher als im Osten und Süden. Er beträgt in Vorarlberg 65%, in Tirol 58%, in Salzburg und Oberösterreich 45% bis 46%, aber in der Steiermark und in Kärnten nur 33% bzw 36%, in Wien 39%, in Niederösterreich 35% und im Burgenland ungewöhnlich niedrige 19%. Somit hat nur in Tirol und Vorarlberg mehr als die Hälfte geringe Bildung mitgebracht. Das liegt zu einem Teil auch daran, dass bei diesen beiden Bundesländern die Anteile an Einwanderinnen und Einwanderern, die schon seit vor 1985 in Österreich leben, höher sind als andernorts, vor allem aber daran, dass sie zu allen Zeiten erhöhte Anteile an gering gebildeten Einwanderinnen und Einwanderern hatten. Die Einwanderung aus der Türkei, in geringerem Maß aus Serbien, bestand bis zu einem Drittel aus Personen mit weniger als acht Jahren Schulbesuch. Die Vermutung, der Bildungsstand der Einwanderinnen und Einwanderer sei umso niedriger je niedriger jener der im Inland geborenen Wohnbevölkerung in einem Bundesland ist, bestätigt sich jedoch nicht.
- Im Burgenland haben jeweils etwa 40% der Einwanderinnen und Einwanderer mittlere bzw höhere Ausbildung, in der Steiermark jeweils etwa ein Drittel, in Wien jeweils etwa 30%. In diesen Bundesländern haben die Einwanderinnen und Einwanderer höhere Anteile an höher Gebildeten als die nicht eingewanderte Wohnbevölkerung. In Niederösterreich und Kärnten hat jeweils rund 40% eine mittlere Ausbildung und rund 25% eine höhere, sodass die Bildungsverteilungen der eingewanderten und der nicht eingewanderten Bevölkerungen ähnlicher sind als sonst in Österreich. In den vier westlichen Bundeslän-

dern sind vor allem die Anteile mit mittleren Ausbildungen bei der eingewanderten Wohnbevölkerung deutlich niedriger als bei der nicht eingewanderten, während der Anteil mit höherer Bildung sich nicht so stark unterscheidet: In Oberösterreich sind es 35% mit mittlerer und 20% mit höherer Ausbildung, in Salzburg 30% und 24%, in Tirol 25% und 17%, in Vorarlberg 21% und 14%.

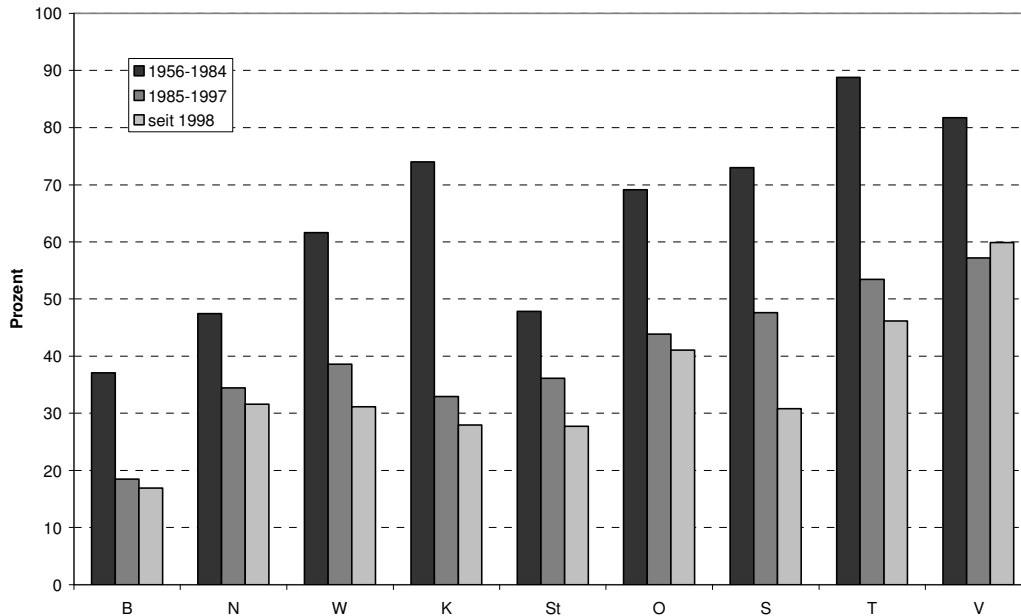
Die Bildungsverteilung der Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter mit außerhalb der EU15 und EFTA Staaten beendeter Ausbildung, Prozent, Durchschnitt Mitte 2008 bis Mitte 2009

	bis Pflicht	Lehre / BmS	ab Matura
Burgenland	19 ± 7	39 ± 8	42 ± 8
Niederösterreich	35 ± 5	39 ± 5	26 ± 5
Wien	39 ± 3	29 ± 3	31 ± 3
Kärnten	36 ± 6	39 ± 6	25 ± 6
Steiermark	33 ± 6	36 ± 6	31 ± 6
Oberösterreich	45 ± 4	35 ± 4	20 ± 3
Salzburg	46 ± 5	30 ± 4	24 ± 4
Tirol	58 ± 5	25 ± 4	17 ± 4
Vorarlberg	65 ± 4	21 ± 4	14 ± 3

Eigene Berechnungen aus dem Mikrozensus 2008-2009 der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Bundesländer, die bei den Einwanderinnen und Einwanderern von vor 1985 hohe Anteile mit geringer Bildung haben, haben das auch bei den darauf folgenden Zuzugsperioden wieder. Tirol und Vorarlberg haben bei den Bevölkerungen aus allen drei Zuzugsperioden höhere Anteile mit höchstens Pflichtschulabschluss als die anderen Bundesländer, aber auch bei ihnen ist die Verringerung enorm gewesen, nämlich in Tirol von fast 90% bei der Bevölkerung, die vor 1985 eingewandert ist, auf um die 50% bei den beiden späteren Perioden, und in Vorarlberg von über 80% auf knapp 60%. Diese Abstände von 20, 30 Prozentpunkten zwischen der Einwanderung von vor 1985 und jener seither gelten für fast alle Bundesländer. Über alle neun Bundesländer korrelieren die entsprechenden Anteile zwischen den Einwanderinnen und Einwanderer einer Phase und der nächsten ziemlich hoch ( $r=0,85$  und  $r=0,90$ ). Im Osten und Süden steht die Einwanderung seit 1998 bildungsmäßig in der Nachfolge jener von 1985 bis 1997, im Westen dagegen eher in der Nachfolge jener von vor 1985.

**Anteil mit höchstens Pflichtschulabschluss an der Bevölkerung mit Abschluss von außerhalb der EU15 und EFTA Staaten nach Zuzugsperiode, Durchschnitt Mitte 2008 bis Mitte 2009**



Eigene Auswertung aus dem Mikrozensus 2008-2009 der Bundesanstalt Statistik Österreich.

**Anteil mit höchstens Pflichtschule an der Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter mit außerhalb der EU15 und EFTA Staaten beendeter Ausbildung, nach Zuzugsperiode, Prozent, Durchschnitt Mitte 2008 bis Mitte 2009**

	1956-1984	1985-1997	seit 1998
Burgenland	37 ± 29	18 ± 9	17 ± 10
Niederösterreich	47 ± 13	34 ± 7	32 ± 9
Wien	62 ± 7	39 ± 5	31 ± 4
Kärnten	74 ± 16	33 ± 8	28 ± 10
Steiermark	48 ± 26	36 ± 8	28 ± 9
Oberösterreich	69 ± 12	44 ± 6	41 ± 7
Salzburg	73 ± 9	48 ± 7	31 ± 7
Tirol	89 ± 7	53 ± 8	46 ± 8
Vorarlberg	82 ± 6	57 ± 7	60 ± 8

Eigene Berechnungen aus dem Mikrozensus 2008-2009 der Bundesanstalt Statistik Österreich.

**Beschäftigung**

Sieht man sich jetzt an, wie diese Ausbildungen am Arbeitsmarkt angenommen bzw verwertet werden, gibt es zwischen viel Detail zunächst die folgenden Hauptpunkte zur Beschäftigung:

- Außergewöhnlich niedrige Beschäftigungsraten weisen die wenig gebildeten Einwanderinnen und Einwanderer in der Steiermark (33%) und in Niederösterreich (41%) auf. Sie liegen um 26 bzw 25 Prozentpunkte unter der Beschäftigungsrate der Bevölkerung mit mindestens ei-

nem in den EU15 oder EFTA Staaten geborenen Elternteil. Auch in Kärnten beträgt die Beschäftigungsrate dieses Bevölkerungsteils nur 43%, die Differenz aber „nur“ 14 Prozentpunkte. Auch in Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg beträgt die Differenz 12 oder 13 Prozentpunkte, geht aber mit Beschäftigungsraten von 54% bis 57% einher. Am höchsten sind die Beschäftigungsrate mit 64% und 65% in Salzburg und im Burgenland.

- Die Beschäftigungsrate der eingewanderten Wohnbevölkerung mit mittleren Ausbildungen liegen zwischen 67% und 76%, also deutlich höher als bei geringer Bildung und in einem viel schmaleren Band. Die Differenz zu den Beschäftigungsrate der Bevölkerung mit mindestens einem Elternteil aus den EU15 und EFTA Staaten beträgt zwischen 4 und 16 Prozentpunkten. Niederösterreich weist die geringste Beschäftigungsrate und die größte Differenz auf. Die höchsten Beschäftigungsrate sind in den drei westlichsten Bundesländern zu beobachten, die geringsten Differenzen aber in Kärnten und Wien.
- Sehr auffällig ist, dass höhere Bildung den Einwanderinnen und Einwanderern in keinem Bundesland größere Beschäftigungschancen bringt als mittlere Bildung, ganz im Gegensatz zur nicht eingewanderten Bevölkerung, wo sie je nach Bundesland um 6 bis 14 Prozentpunkte steigen. Die Beschäftigungsrate betragen zwischen 54% und 81%, die Differenzen zu den Beschäftigungsrate der Bevölkerung mit mindestens einem in den EU15 oder EFTA Staaten geborenen Elternteil zwischen 9 und 37 Prozentpunkte. Die Steiermark weist eine ungewöhnlich niedrige Beschäftigungsrate und eine ungewöhnlich große Differenz auf. Niederösterreich hat mit 65% Beschäftigung und 26 Prozentpunkten Differenz ebenfalls sehr ungünstige Werte. In Tirol, am anderen Ende der Skala, beträgt die Beschäftigungsrate 81% und die Differenz 9 Prozentpunkte. Die übrigen sechs Bundesländer bewegen sich zwischen 70% und 77% und zwischen 13 und 21 Prozentpunkten.

Beschäftigungsrate der Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter mit außerhalb der EU15 und EFTA Staaten beendeter Ausbildung, nach dem höchsten Abschluss, Prozent, Durchschnitt Mitte 2008 bis Mitte 2009

	bis Pflicht	Lehre / BmS	ab Matura
Burgenland	65 ± 17	74 ± 12	76 ± 12
Niederösterreich	41 ± 8	67 ± 8	65 ± 10
Wien	56 ± 5	71 ± 5	70 ± 5
Kärnten	43 ± 11	73 ± 9	72 ± 12
Steiermark	33 ± 10	70 ± 9	54 ± 11
Oberösterreich	54 ± 6	73 ± 7	71 ± 9
Salzburg	64 ± 6	76 ± 7	77 ± 8
Tirol	57 ± 7	76 ± 9	81 ± 10
Vorarlberg	55 ± 5	75 ± 8	72 ± 11

Eigene Berechnungen aus dem Mikrozensus 2008-2009 der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Mit einer einzigen Ausnahme sind in allen Bundesländern auf allen drei Bildungsstufen die Beschäftigungschancen der eingewanderten Wohnbevölkerung geringer als jene der nicht eingewanderten Wohnbevölkerung. Der Inländerprimat scheint demnach am Arbeitsmarkt weiterhin Wirkung zu haben. Besonderes bei höherer Bildung sind die Unterschiede so groß, dass sie in fast allen Bundesländern als statistisch erwiesen betrachtet werden müssen. Das gilt insbesondere in der Steiermark, in Niederösterreich, Wien und Oberösterreich. Bei geringer Bildung unterscheiden sich die Beschäftigungsraten in sechs der neun Bundesländer ausreichend, um als statistisch gesichert gelten zu können. Besonders gilt das in Niederösterreich und der Steiermark. Bei mittlerer Bildung sind dagegen nur in Niederösterreich und Oberösterreich die Beschäftigungschancen so verschieden von den „Inländern“, dass sie sich statistisch sicher nachweisen lassen. Die eine Ausnahme von der Negativbilanz findet sich bei der Bevölkerung mit wenig Bildung im Burgenland, aber der Unterschied ist viel zu klein, um als statistisch bewiesen gelten zu können.

### **Berufliche Verwendung der Bildung**

Insgesamt ist somit auffällig, dass die Beschäftigungslage in den mittleren Ausbildungen relativ am besten ist. Das ist genau jener Ausbildungsbereich, in dem sich mehr als die Hälfte der nicht eingewanderten Bevölkerung befindet, wo man also glauben würde, dass das Konkurrenzverhalten am ausgeprägtesten und die Tendenz zur Ausgrenzung am größten wäre. Die relativ günstige Situation könnte von erhöhter Kompetenz oder auch erhöhtem Selbstvertrauen der Gesellschaft im Umgang mit solchen Qualifikationen und mit Menschen mit solchen Qualifikationen herrühren. Das müsste sich an der Art zeigen, wie diese Qualifikationen beruflich eingesetzt werden. Dazu die folgenden drei Punkte:

- Von den eingewanderten Beschäftigten mit mittleren Ausbildungen sind zwischen 46% im Burgenland und 74% in Tirol in Hilfs- und Anlerntätigkeiten beschäftigt. Das vergleicht sich mit 16% bis 28% bei den entsprechend gebildeten Beschäftigten mit mindestens einem in den EU15 oder EFTA Staaten geborenen Elternteil.
- Zwischen 19% und 47% der Beschäftigten mit mittleren Ausbildungen von außerhalb der EU15 und EFTA Staaten sind in mittleren Tätigkeiten beschäftigt. Wenn die Ausbildung innerhalb der EU15 und EFTA Staaten gemacht und mindestens ein Elternteil in diesem Staatenblock geboren wurde, dann aber zu 55% bis 62%. Dazu kommt, dass letztere zu 17% bis 25% in höheren Tätigkeiten beschäftigt sind, erstere aber nur zu 1% bis 9%, in Wien zu 13%.
- Während, wie erwähnt, von den drei Bildungsstufen nicht in allen Bundesländern die unterste überwiegt, nämlich nur in fünf der neun, überwiegen bei der Beschäftigung überall die Hilfs- und Anlerntätigkeiten. Nur im Burgenland machen sie weniger als 50% der Beschäftigung aus, im Westen und in Kärnten aber 70% bis 80%, ansonsten um die 60%.

Wie sich anhand der Daten zeigt, geht die österreichische Gesellschaft in der Tat selbstbewusst mit Einwanderinnen und Einwanderern mit mittleren Ausbildungen um, aber nicht indem sie daraus den Mut zöge, ihnen von gleich zu gleich zu begegnen, sondern von oben herab, und beschäftigt sie als Handlanger und in monotoner Industriearbeit.

- Die eingewanderten Beschäftigten mit höheren Ausbildungen sind zu 34% in Niederösterreich bis 45% in der Steiermark und zu ungewöhnlichen 64% in Oberösterreich in Hilfs- und Anlerntätigkeiten beschäftigt. Das vergleicht sich mit 3% bis 5% bei den entsprechend gebildeten Beschäftigten mit mindestens einem in den EU15 oder EFTA Staaten geborenen Elternteil.

Die Verteilung der Beschäftigten jeder Ausbildungsstufe mit Ausbildungen von außerhalb der EU15 und EFTA Staaten über die beruflichen Ebenen, Prozent, Durchschnitt Mitte 2008 bis Mitte 2009; jede Zeile summiert sich auf 100 Prozent

bis Pflicht	Hilfs- & Anlerntätigk.	Mittlere Tätigkeiten	Höhere Tätigkeiten
Burgenland	72 ± 19	15 ± 15	13 ± 14
Niederösterreich	92 ± 7	3 ± 5	5 ± 6
Wien	82 ± 5	12 ± 4	6 ± 3
Kärnten	95 ± 7	0 ± 0	5 ± 7
Steiermark	81 ± 14	12 ± 12	6 ± 9
Oberösterreich	92 ± 5	4 ± 3	4 ± 3
Salzburg	93 ± 4	4 ± 3	2 ± 3
Tirol	92 ± 5	4 ± 4	4 ± 4
Vorarlberg	91 ± 4	6 ± 3	3 ± 3
<b>Lehre / mehrjährige BmS</b>			
Burgenland	46 ± 16	47 ± 16	7 ± 8
Niederösterreich	61 ± 10	30 ± 10	9 ± 6
Wien	49 ± 7	38 ± 7	13 ± 5
Kärnten	71 ± 11	22 ± 10	7 ± 6
Steiermark	52 ± 12	39 ± 12	8 ± 7
Oberösterreich	65 ± 8	32 ± 8	3 ± 3
Salzburg	67 ± 9	26 ± 8	7 ± 5
Tirol	74 ± 10	19 ± 9	6 ± 6
Vorarlberg	59 ± 11	40 ± 11	1 ± 3
<b>ab Matura</b>			
Burgenland	41 ± 15	29 ± 14	30 ± 14
Niederösterreich	34 ± 12	29 ± 12	37 ± 13
Wien	35 ± 6	26 ± 6	39 ± 6
Kärnten	43 ± 16	26 ± 14	30 ± 14
Steiermark	45 ± 15	30 ± 14	26 ± 13
Oberösterreich	64 ± 11	20 ± 10	16 ± 9
Salzburg	39 ± 11	28 ± 10	33 ± 11
Tirol	41 ± 14	19 ± 11	40 ± 14
Vorarlberg	44 ± 15	16 ± 11	40 ± 14

Eigene Berechnungen aus dem Mikrozensus 2008-2009 der Bundesanstalt Statistik Österreich.

- In Vorarlberg, Tirol und Oberösterreich sind zwischen 16% und 20% der höher gebildeten, eingewanderten Beschäftigten in mittleren Tätigkeiten beschäftigt, in den übrigen Bundeslän-

dern zwischen 26% und 30% im Vergleich zu 24% bis 44% der höher gebildeten Beschäftigten mit mindestens einem Elternteil aus den EU15 und EFTA Staaten.

- In Oberösterreich arbeiten nur 16% der höher gebildeten, eingewanderten Beschäftigten in höher qualifizierten Tätigkeiten, in den übrigen Bundesländern zwischen 26% und 40%, von den entsprechenden Beschäftigten mit mindestens einem in den EU15 und EFTA Staaten geborenen Elternteil aber 53% bis 73%.

Man sieht die Tendenz zur Abwertung auch bei den eingewanderten Beschäftigten mit geringer Bildung. Sie sind im Burgenland zu 28%, in der Steiermark und in Wien zu 19% bzw 18%, ansonsten zu nur 5% bis 9% in mittleren und höheren Tätigkeiten beschäftigt, während gering gebildete Beschäftigte mit mindestens einem in Österreich geborenen Elternteil zu 55% in Wien und ansonsten zu 34% bis 43% in mittleren und höheren Tätigkeiten beschäftigt sind. Diese berufliche Aufwertung der „Inländerinnen und Inländer“ verdankt sich vermutlich nicht unwesentlich der niedrigen beruflichen Einordnung der „Ausländerinnen und Ausländer“. Sie sind beruflich und damit auch sozial verdrängt worden, nämlich ausnahmslos nach oben.

### **Aktive Arbeitsuche, passiver Beschäftigungswunsch, Inaktivität**

So viel zu den Beschäftigten. Was ist nun mit den nicht Beschäftigten? In der Steiermark, in Niederösterreich und in Oberösterreich gibt es Anzeichen erhöhter Arbeitslosigkeit nach internationaler Definition, das heißt von aktiver Arbeitssuche bei den Einwanderinnen und Einwanderern mit geringer Bildung, die außerhalb der EU15 und EFTA Staaten ihre Ausbildung gemacht haben. Hier stehen den 13%, 11% und 7% Arbeitslosenanteilen an der eingewanderten Bevölkerung 4% bis 6% bei der Bevölkerung mit mindestens einem in den EU15 und EFTA Staaten geborenen Elternteil gegenüber. In anderen Bundesländern, vor allem Wien und Salzburg, dürfte die Arbeitslosigkeit der Einwanderinnen und Einwanderer mit geringer Bildung etwas niedriger sein als jene des Bevölkerungsteils mit mindestens einem in den EU15 und EFTA Staaten geborenen Elternteil und geringer Bildung. Vor allem im Süden und in Niederösterreich gibt es Anzeichen für einen erhöhten Anteil an Einwanderinnen und Einwanderern mit geringer Bildung und Beschäftigungswunsch, aber ohne aktive Suche. In Niederösterreich, in Vorarlberg und in Tirol ist möglicherweise auch der Anteil ohne Beschäftigungswunsch größer als bei der gering gebildeten Bevölkerung mit mindestens einem in den EU15 und EFTA Staaten geborenen Elternteil.

Auch bei mittlerer Bildung ist in allen Bundesländern die Arbeitslosigkeit bei den Einwanderinnen und Einwanderern größer als bei der Bevölkerung mit mindestens einem in den EU15 und EFTA Staaten geborenen Elternteil, aber nur in Oberösterreich ist die Differenz groß genug, um statistisch hohe Gewissheit zu haben. Dort stehen den 9% aktiv Arbeit Suchenden bei den einen 2% bei den anderen gegenüber. In den anderen Bundesländern sind es zwischen 4% und 9%



gegenüber 2% bis 4%. Der Anteil mit Beschäftigungswunsch, aber ohne aktive Suche, ist um 3 bis 7 Prozentpunkte größer und bewegt sich zwischen 6% und 14% der eingewanderten Bevölkerung. Keinen Beschäftigungswunsch haben zwischen 8% (Wien) und 17% (Niederösterreich) der eingewanderten Bevölkerung mit mittlerer Bildung und zwischen 10% und 14% der Bevölkerung mit mindestens einem in den EU15 und EFTA Staaten geborenen Elternteil und mittlerer Bildung. In Niederösterreich ist der Anteil bei den einen um 7 Prozentpunkte höher als bei den anderen, in Wien aber um 6 Prozentpunkte geringer.

Der Anteil der drei Arten von Beschäftigungslosigkeit an der Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter, die nicht in Ausbildung steht, mit außerhalb der EU15 und EFTA Staaten beendeter Ausbildung, nach dem höchsten Abschluss, Prozent, Durchschnitt Mitte 2008 bis Mitte 2009

Bis Pflichtschule	Suche/AL	Wunsch	kein Wunsch
Burgenland	0 ± 0	10 ± 11	24 ± 15
Niederösterreich	11 ± 5	17 ± 7	30 ± 8
Wien	7 ± 2	14 ± 3	22 ± 4
Kärnten	3 ± 3	24 ± 9	31 ± 10
Steiermark	13 ± 7	20 ± 8	34 ± 10
Oberösterreich	7 ± 3	14 ± 4	26 ± 6
Salzburg	2 ± 2	12 ± 4	22 ± 5
Tirol	4 ± 3	12 ± 4	28 ± 6
Vorarlberg	5 ± 2	9 ± 3	31 ± 5
<b>Lehre / mehrjährige BmS</b>			
Burgenland	4 ± 5	11 ± 8	12 ± 9
Niederösterreich	6 ± 4	10 ± 5	17 ± 6
Wien	9 ± 3	12 ± 4	8 ± 3
Kärnten	5 ± 4	14 ± 7	9 ± 6
Steiermark	8 ± 6	12 ± 7	11 ± 6
Oberösterreich	9 ± 4	8 ± 4	10 ± 4
Salzburg	5 ± 3	9 ± 5	11 ± 5
Tirol	4 ± 4	10 ± 6	10 ± 6
Vorarlberg	5 ± 4	6 ± 5	14 ± 7
<b>Ab Matura</b>			
Burgenland	9 ± 8	5 ± 6	10 ± 8
Niederösterreich	4 ± 4	11 ± 7	20 ± 8
Wien	7 ± 3	12 ± 4	12 ± 3
Kärnten	9 ± 8	9 ± 8	9 ± 8
Steiermark	8 ± 6	16 ± 8	22 ± 9
Oberösterreich	4 ± 4	12 ± 7	13 ± 7
Salzburg	4 ± 4	11 ± 6	8 ± 5
Tirol	2 ± 4	6 ± 6	11 ± 8
Vorarlberg	4 ± 5	17 ± 10	6 ± 6

Eigene Berechnungen aus dem Mikrozensus 2008-2009 der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Bei Einwanderinnen und Einwanderern mit außerhalb der EU15 und EFTA Staaten abgeschlossener höherer Bildung sind die Anteile an aktiv Arbeit Suchenden, an Personen mit Beschäftigungswunsch und an solchen ohne Beschäftigungswunsch in allen Bundesländern höher als bei der entsprechenden Bevölkerung mit mindestens einem in den EU15 und EFTA Staaten gebore-

nen Elternteil. Bei der Arbeitslosigkeit ist der Anteil vor allem in Wien (7% versus 2%) und in der Steiermark (8% versus 1%) nachweislich höher. Beim Beschäftigungswunsch gilt dasselbe in Vorarlberg (17% vs 2%), Salzburg (11% vs 2%), Oberösterreich (12% vs 2%), Steiermark (16% vs 2%), Wien (12% vs 3%) und Niederösterreich (11% vs 2%), also in sechs der neun Bundesländer. Einen nachweislich größeren Anteil ohne Beschäftigungswunsch findet man in der Steiermark (22% vs 6%), Wien (12% vs 5%) und Niederösterreich (20% vs 5%). Hinter der mangelnden Suchaktivität oder dem mangelnden Wunsch können verschiedene Formen schlechter Erfahrungen und der Resignation stehen, etwa wenn Frauen mit höherer Bildung die Erfahrung machen, dass ihnen stets nur Hilfstätigkeiten angeboten werden, wofür besonders auch abseits der Hauptstädte das Risiko hoch ist.

Wenn man nachzählt, welches Bundesland hier wie oft namentlich genannt werden konnte, dann scheint vor allem in Niederösterreich die Arbeitsmarktlage der Einwanderinnen und Einwanderer mit außerhalb der EU15 und EFTA Staaten gemachter Ausbildung relativ prekär zu sein. Hier wäre wohl eine genauere Untersuchung angebracht (vgl Gächter 2008). Auch in der Steiermark scheint genauere Nachfrage nötig.

### **Soziale Positionierung**

Die Skizze der sozialen Positionierung anhand des 18-Felder-Rasters zeigt, dass sie zwischen den Bundesländern keineswegs einheitlich ist, obwohl es eine markante Tendenz zu den unteren Positionen in der sozialen Hierarchie gibt.

- Die gering-gering Kombination ist in Wien mit 18% und im Westen mit 23% bis 33% die häufigste Position. In Niederösterreich und Kärnten ist sie mit 14% bzw 15% die zweithäufigste.
- Die Kombination von mittlerer Bildung mit Beschäftigung in Hilfs- und Anlernertätigkeiten ist in Kärnten mit 20%, in Niederösterreich mit 16% und in der Steiermark mit 13% jeweils die häufigste Position. Im Westen ist sie mit 9% in Vorarlberg und 14% bis 17% in den anderen drei Bundesländern die zweithäufigste, und ebenso im Burgenland mit 13%, dort aber ex aequo mit der Kombination von höherer Bildung und Beschäftigung in gering qualifizierten Tätigkeiten.
- Die Kombination von geringer Bildung und Beschäftigungslosigkeit ohne Beschäftigungswunsch (Frühpension, Haushalt, Invalidität) ist in Vorarlberg (20%), Tirol (16%) und der Steiermark (11%) die zweithäufigste, in Salzburg, Oberösterreich, Kärnten und Niederösterreich mit 10% bis 12% die dritthäufigste, und ebenso mit 9% in Wien ex aequo mit der Kombination von höherer Bildung in höheren Tätigkeiten.

- Die mittel-mittel Kombination ist im Burgenland mit 14% die häufigste, in der Steiermark mit 10% die zweithäufigste und erzielt ansonsten nur 4% bis 8%.
- Je nach Bundesland machen die drei häufigsten Positionen zwischen 34% und 62% der eingewanderten Bevölkerung aus. Das heißt, die Konzentration in bestimmten sozialen Positionen ist sehr unterschiedlich, nämlich im Osten und Süden mit Werten zwischen 34% und 46% eher niedrig und im Westen mit Werten zwischen 52% und 62% eher hoch.
- In Wien ist eine recht gleichmäßige Verteilung der Einwanderinnen und Einwanderer über die Rasterpositionen zu beobachten. Die nicht eingewanderte Bevölkerung ist aber gerade nicht so gleichmäßig verteilt.

Im Westen ist die soziale Homogenität der eingewanderten Bevölkerung größer und die Positionierung niedriger als im Osten und Süden. Dadurch ist, wie der nächste Abschnitt unter anderem zeigen wird, der soziale Abstand zur Bevölkerung mit mindestens einem im Gebiet der EU15 und EFTA Staaten einschließlich Österreich geborenen Elternteil größer.

## **Der soziale Abstand**

### **Die Messung des Abstands**

Aus der unterschiedlichen sozialen Positionierung der drei Bevölkerungsteile ergibt sich ein sozialer Abstand zwischen ihnen, dessen Größe man berechnen kann. Mit Bedacht ist hier die Rede von Abstand statt von sozialer Distanz. Bei der Distanz klingt stets Fremdheit an und möglicherweise ein bewusstes Abstandhalten. Das ist mit dem sozialen Abstand nicht gemeint. Er ist einfach nur ein Maß für die Unterschiedlichkeit der Verteilung von zwei Bevölkerungen in dem 18-Felder-Raster gebildet aus drei Ausbildungsstufen und sechs Arbeitsmarktpositionen. Um ihn zu berechnen, summiert man die Beträge aller 18 Differenzen zwischen der einen und der anderen Bevölkerung und dividiert die Summe durch zwei. Das ergibt ein relativ anschauliches Maß des sozialen Abstands, das zwischen 0 und 100 beträgt. Je größer der Wert, desto größer der soziale Abstand. Ein Wert von 100 träte immer dann auf, wenn der eine Bevölkerungsteil ausschließlich in Rasterfeldern zu finden wäre, in denen der andere nicht zu finden ist. Die soziale Distanz ist als Hintergedanke aber sehr wohl dabei, nämlich dass sie und der soziale Abstand möglicherweise in einer Beziehung von Ursache und Wirkung stehen. Nennenswerter sozialer Abstand drückt sich vermutlich in unterschiedlichen Lebensweisen und unterschiedlichem Auftreten aus, die von der jeweils anderen Seite vermutlich als „falsch“ wahrgenommen und abgelehnt werden. Folglich wird dann auch der Kontakt abgelehnt und bestraft.

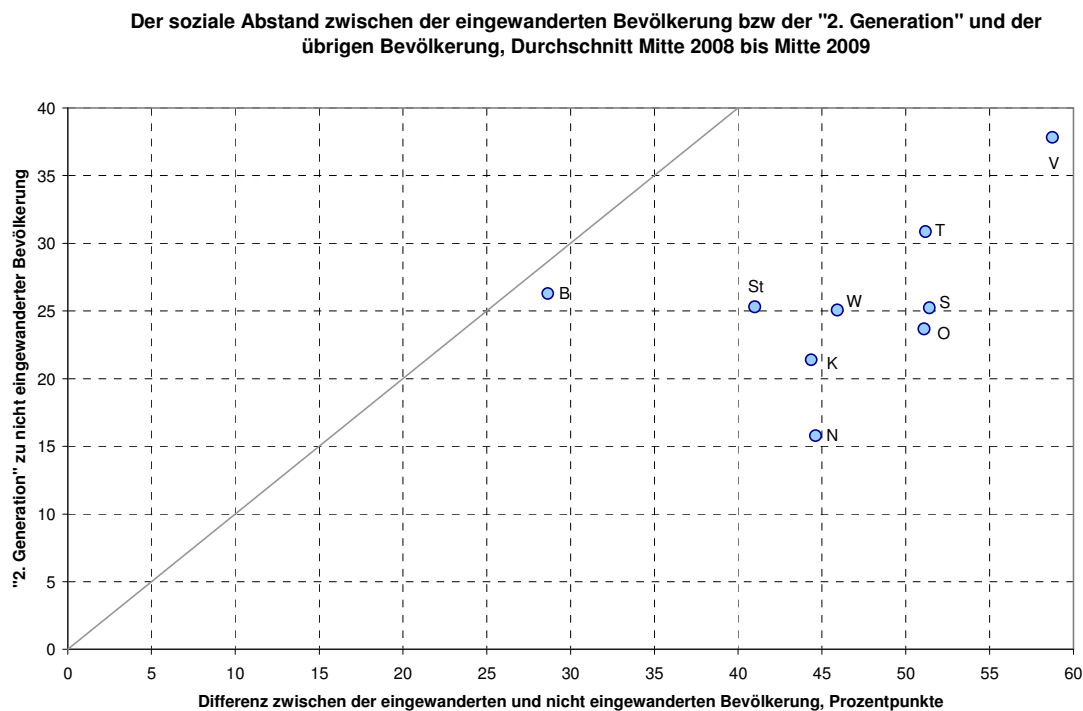
## Die Größe des Abstands

In der folgenden Abbildung ist der Unterschied in der sozialen Positionierung der Einwanderinnen und Einwanderer, der „zweiten Generation“ und der Bevölkerung mit mindestens einem in den EU15 und EFTA Staaten geborenen Elternteil zusammengefasst. Die Bundesländer sind als Punkte in der Abbildung zu sehen. Je weiter rechts ein Punkt ist, desto stärker unterscheidet sich die Positionierung der Einwanderinnen und Einwanderer von der Bevölkerung mit mindestens einem in den EU15 und EFTA Staaten geborenen Elternteil, und je weiter oben er ist, desto stärker unterscheidet sich die Positionierung der „zweiten Generation“ von jener der Bevölkerung mit mindestens einem in den EU15 und EFTA Staaten geborenen Elternteil.

- Die soziale Positionierung der Einwanderinnen und Einwanderer ist in Summe zwischen 29 und 59 Punkte verschieden von jener der Bevölkerung mit mindestens einem in den EU15 und EFTA Staaten geborenen Elternteil. Alle vier westlichen Bundesländer haben Werte über 50, nur das Burgenland hat einen Wert unter 40. Der Wertebereich 40 bis 60 liegt in der Mitte der Skala von 0 bis 100. Der soziale Abstand ist also im großen und ganzen etwa halb so groß wie er maximal sein könnte.
- Die Positionierung der „zweiten Generation“ ist weniger verschieden, nämlich um 16 bis 38 Punkte. In Vorarlberg und Tirol ist die soziale Verschiedenheit am größten, wo der Abstand 38 bzw 31 Punkte beträgt. In fünf Bundesländern beträgt er um die 25 Punkte, in zweien liegt er darunter.
- In der Abbildung befinden sich alle neun Bundesländer rechts der Diagonalen. Das heißt, überall ist die Positionierung der „zweiten Generation“ zumindest eine Spur besser als jene der Einwanderinnen und Einwanderer ohne inländische Bildung. In der Tat ist nur im Burgenland der Unterschied mit 2 Punkten sehr klein, während er ansonsten zwischen 16 und 29 Punkten beträgt.
- In Niederösterreich beträgt der soziale Abstand der „zweiten Generation“ etwa 35% des sozialen Abstands der Einwanderinnen und Einwanderer, in Wien, Kärnten, Oberösterreich und Salzburg etwa 50%, in der Steiermark, in Tirol und Vorarlberg etwa 60% bis 65%. Niedrigere Werte wären sicher wünschenswert und vielleicht auch möglich, wenn das Bildungswesen und der Arbeitsmarkt die „zweite Generation“ etwas besser aufnahmen. Da dieser Vergleich sich aber nicht auf Eltern und Kinder bezieht, kann man daraus keine Prognose für die „dritte Generation“ gewinnen. Sicher ist immerhin, dass die „zweite Generation“ meist um einiges besser dasteht als die Einwanderinnen und Einwanderer.

- Außer im Burgenland gibt es eine relativ deutliche Tendenz, dass der soziale Abstand der „zweiten Generation“ von den „Inländerinnen und Inländern“ umso größer ist je größer auch jener der Einwanderinnen und Einwanderer ist ( $r=0,75$  ohne Burgenland).

Der zeitliche Trend des sozialen Abstands lässt sich leider noch nicht angeben, weil die Geburtsstaaten der Eltern erst seit 2008 erfragt werden. Merkliche Veränderungen wären aber nur in größeren Zeitabständen oder in Zusammenhang mit starkem Neuzuzug zu erwarten.

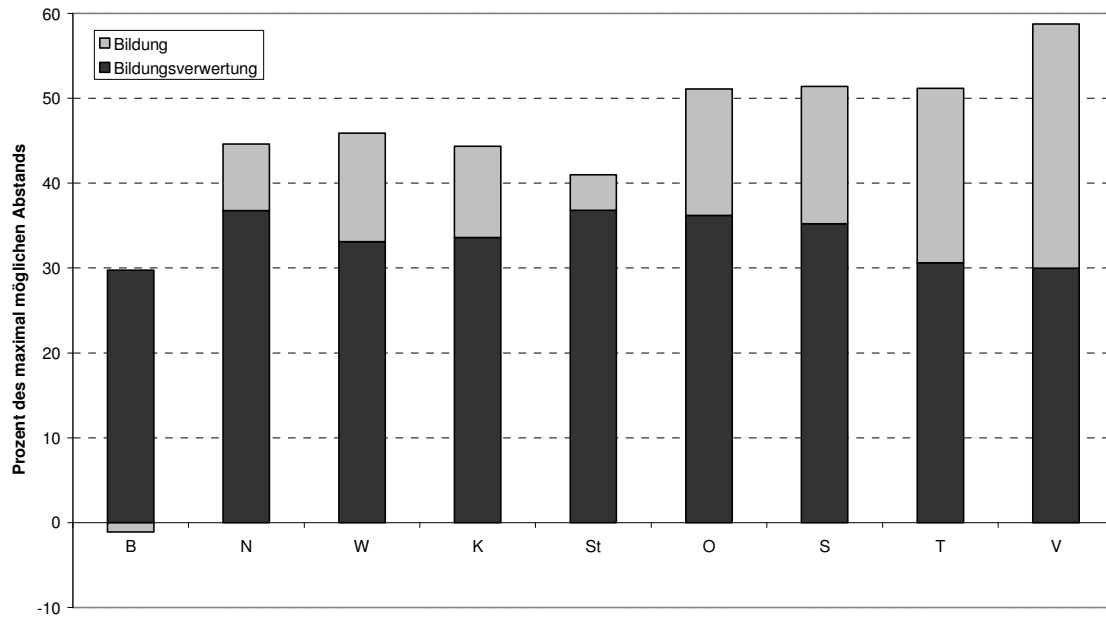


Eigene Auswertung aus dem Mikrozensus 2008-2009 der Bundesanstalt Statistik Österreich.

### Zwei Komponenten: Bildung und Bildungsverwertung

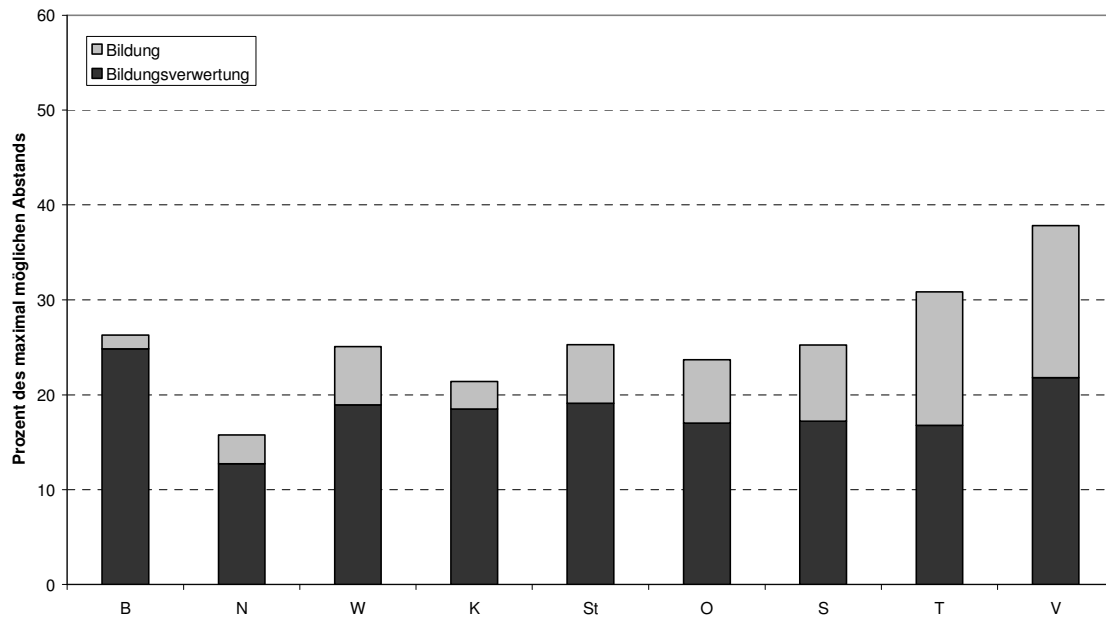
Dieses Ausmaß an sozialem Abstand entsteht, wie oben dokumentiert wurde, zum einen Teil aus der geringeren, beim Zuzug mitgebrachten bzw in Österreich erworbenen Ausbildung, zum anderen Teil aus der minderen Akzeptanz der Ausbildung am österreichischen Arbeitsmarkt. In allen Bundesländern ist die zweite Komponente größer als die erste, und zwar sowohl bei den Einwanderinnen und Einwanderern als auch bei der „zweiten Generation“. Sie unterscheidet sich zwischen den Bundesländern wenig und beträgt bei den Einwanderinnen und Einwanderern in allen Bundesländern 30 bis 37 Punkte. Bei der „zweiten Generation“ beträgt sie 13 bis 25 Punkte, wobei sechs Bundesländer zwischen 17 und 19 Punkten liegen, eines darunter, zwei darüber.

**Die Zusammensetzung des sozialen Abstands zwischen Einwanderinnen /Einwanderern und  
"Inländerinnen/Inländern", Durchschnitt Mitte 2008 bis Mitte 2009**



Eigene Auswertung aus dem Mikrozensus 2008-2009 der Bundesanstalt Statistik Österreich.

**Die Zusammensetzung des sozialen Abstands zwischen "zweiter Generation" und  
"Inländerinnen/Inländern", Durchschnitt Mitte 2008 bis Mitte 2009**



Eigene Auswertung aus dem Mikrozensus 2008-2009 der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Der soziale Abstand zwischen der eingewanderten Bevölkerung bzw der „zweiten Generation“ und der übrigen Bevölkerung, von 100 möglichen Punkten, Durchschnitt Mitte 2008 bis Mitte 2009

	Eingewanderte Bevölkerung					„zweite Generation“				
	Ab-stand	Punkteanteil		Prozentanteil		Ab-stand	Punkteanteil		Prozentanteil	
		BV	B	BV	B		BV	B	BV	B
Burgenland	29	30	-1	104	-4	26	25	1	95	5
Niederösterreich	45	37	8	82	18	16	13	3	81	19
Wien	46	33	13	72	28	25	19	6	76	24
Kärnten	44	34	11	76	24	21	18	3	86	14
Steiermark	41	37	4	90	10	25	19	6	75	25
Oberösterreich	51	36	15	71	29	24	17	7	72	28
Salzburg	51	35	16	69	31	25	17	8	68	32
Tirol	51	31	21	60	40	31	17	14	54	46
Vorarlberg	59	30	29	51	49	38	22	16	58	42

BV: Bildungsverwertung. B: Bildung.

Eigene Berechnungen aus dem Mikrozensus 2008-2009 der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Aus dieser Einheitlichkeit derjenigen Komponente des sozialen Abstands, die in der unterschiedlichen Bildungsverwertung besteht, ergibt sich zweierlei:

1. Das eine ist, dass die andere Komponente, also die Bildungsunterschiede, zwischen den Bundesländern in ungefähr dem gleichen Ausmaß veränderlich ist wie der ganze soziale Abstand. Das vermittelt leicht – aber falsch – den Eindruck, der soziale Abstand beruhe im Wesentlichen oder ganz auf dem Bildungsunterschied. Wie vorhin gezeigt, beruht er überall in Österreich größeren Teils, und zum Teil sogar ganz, auf der unterschiedlichen Bildungsverwertung. Breit über den Bildungsmangel der Einwanderinnen und Einwanderer oder gar der „zweiten Generation“ zu diskutieren ist eine absolute Themenverfehlung, wenn nicht sogar ein durchsichtiges Ablenkungsmanöver.
2. Als zweites ergibt sich, dass je größer die Bildung der Einwanderinnen und Einwanderer bzw der „zweiten Generation“ desto geringer der Anteil des Bildungsunterschieds am sozialen Abstand und desto größer jener der ungleichen Bildungsverwertung. In den westlichen Bundesländern mit ihren höheren Anteilen an weniger gebildeten Einwanderinnen und Einwanderern entfallen in Vorarlberg nur 51%, in Tirol 60%, in Salzburg 69% und in Oberösterreich 71% des sozialen Abstands auf die ungleiche Bildungsverwertung und der jeweilige Rest auf 100 auf den Bildungsunterschied. Der Süden und der Osten knüpfen dort an: in Wien entfallen 72%, in Kärnten 76%, in Niederösterreich 82%, in der Steiermark 90% und im Burgenland 104% des sozialen Abstands auf die unterschiedliche Bildungsverwertung. Bei der „zweiten Generation“ sind die Anteile auffallend ähnlich und bewegen sich zwischen 54% in Tirol und 95% im Burgenland.

Dass der soziale Abstand der „zweiten Generation“ geringer ist, beruht in nur einem Bundesland, nämlich Vorarlberg, vorwiegend auf besserer Bildung, nämlich zu drei Fünfteln, während sich zwei Fünftel der besseren Bildungsverwertung verdanken. In fünf Bundesländern, nämlich Wien, Kärnten, Oberösterreich, Salzburg und Tirol, beruht der Unterschied zwischen den beiden sozialen Abständen zu zwei Dritteln auf besserer Bildungsverwertung und zu einem Drittel auf besserer Bildung. In der Steiermark und besonders im Burgenland ist der Bildungsabstand der „zweiten Generation“ größer als jener der Einwanderinnen und Einwanderer, sodass der geringere soziale Abstand zu mehr als 100% auf der besseren Bildungsverwertung beruht.

Es muss nochmals davor gewarnt werden, die „zweite Generation“ als die Kinder der Einwanderinnen und Einwanderer anzusehen. Die beiden gehören zu großen Teilen zur gleichen Altersgruppe.

## **Schlussfolgerungen**

Die Absicht des Beitrags war, für die Bundesländerebene Indikatoren anzubieten, die den Erfolg des Beschäftigungswesens bei dem Versuch beschreiben können, aus der bei der Bevölkerung vorgefundenen Ausbildung möglichst viel und möglichst adäquate Beschäftigung zu machen. Die verwendeten Indikatoren umfassen zum einen Strukturindikatoren, um den Aufbau des Arbeitsmarkts und seine Veränderung im Blick zu behalten, und Zustandsindikatoren, wie den Anteil der Beschäftigten, den Anteil der aktiv Arbeit Suchenden, den Anteil der nicht aktiv suchenden Bevölkerung mit Beschäftigungswunsch und den Anteil der Bevölkerung ohne Arbeitswunsch jeweils an der Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter, die nicht in Ausbildung steht. Lehre wurde als Ausbildung gewertet. Zu diesen vier Zustandsindikatoren für den Beschäftigungserfolg kamen drei weitere zur Adäquanz der Beschäftigung, nämlich der Anteil der Beschäftigten in höheren Tätigkeiten bzw in mittleren Tätigkeiten bzw in Hilfs- und Anlerntätigkeiten an allen Beschäftigten in erwerbsfähigem Alter.

Strukturdaten zum Arbeitsmarkt und vor allem auch ihr Zeitverlauf erweisen sich als wichtige Quelle zum Verständnis der Vorgänge. Sie zeigen, dass erst in der Krise die Beschäftigung im Bereich der Hilfs- und Anlerntätigkeiten zurückging, während sie bis Sommer 2008 in den meisten Bundesländern positiv verlaufen war. Sie zeigen auch, dass Hilfs- und Anlerntätigkeiten ein Viertel der Beschäftigung ausmachen und in den meisten Bundesländern mehrheitlich von Beschäftigten mit Lehr- oder Fachschulabschluss ausgeübt werden. So viel unqualifiziertes Personal, wie es unqualifizierte Tätigkeiten gibt, steht in Österreich gar nicht zur Verfügung. Weiß man das, wundert es weniger, wenn Einwanderinnen und Einwanderer gleich welcher Bildung vom AMS



in gering qualifizierte Tätigkeiten vermittelt werden, und wenn das auch schon bei Frauen der Fall war, die zuvor vom AMS selbst für anderes geschult worden waren.

Wesentlich war, dass jeder der Indikatoren für jede von drei Bildungsstufen separat berechnet werden konnte. Auf diese Weise war es möglich zu zeigen, ob mehr Bildung ein Erfolgsrezept am Arbeitsmarkt ist, in Hinsicht worauf und für wen. Grundsätzlich zeigt sich dabei, dass mittlere Bildung am Arbeitsmarkt offenbar am ehesten als beschäftigungsfähig wahrgenommen wird, dass sie aber, selbst wenn sie, wie von der „zweiten Generation“, im Inland absolviert wurde, nicht adäquat gewürdigt wird. Höhere Bildung ist ebenfalls stark von Entwertung und im Vergleich zu „Inländerinnen bzw Inländern“ auch von Beschäftigungslosigkeit bedroht. Das Abdrängen in Hilfs- und Anlern-tätigkeiten besagt vermutlich etwas über den wahren Bedarf am Arbeitsmarkt, dessen Deckung man sich aus der Einwanderung und offenbar auch von den Kindern der Einwanderinnen und Einwanderer erwartet.

Die Zustandsindikatoren ergeben zusammen ein Raster gebildet aus drei Ausbildungsstufen, drei Berufsebenen und drei Arten der Beschäftigungslosigkeit. Durch den Vergleich der Raster zwischen den untersuchten Bevölkerungsteilen ist es möglich, den sozialen Abstand zwischen ihnen zu berechnen und auf den Anteil der Bildung sowie der Bildungsverwertung am Abstand zurückzuführen. Wie sich dabei zeigte, liegt der Schlüssel für die Verringerung des sozialen Abstands zwischen den „Inländerinnen bzw Inländern“ und sowohl der „zweiten Generation“ als auch den Einwanderinnen bzw Einwanderern in erster Linie bei der Bildungsverwertung und erst in zweiter Linie bei der Bildung selbst. Das deutet darauf hin, dass mehr Energie in die Vermeidung von Diskriminierung am Arbeitsmarkt gesteckt werden muss. Es braucht eindeutige Regeln, eindeutige politische Ambitionen und eindeutig mehr Personal zur Durchsetzung der Regeln.

Dass es zwischen den Bundesländern bemerkenswerte Unterschiede gibt, zeigte sich ebenfalls deutlich. In mancher Hinsicht, vor allem bei der Bildungsverteilung und teils auch bei der beruflichen Verwertung der Bildung, sticht Wien hervor. Immer wieder werden auch West-Ost- Unterschiede sichtbar, vor allem bei der Bildung und – teils damit zusammenhängend – bei der Häufigkeit von Beschäftigung in gering qualifizierten Tätigkeiten. Das führt auch dazu, dass im Westen der soziale Abstand erheblich größer ist als im Osten.

Auf eine Differenzierung nach dem Geschlecht musste wegen der in manchen Bundesländern kleinen Fallzahlen in diesem Beitrag verzichtet werden. Bei einer Reihe von Bundesländern wäre sie aber durchführbar in dem Sinn, dass die Ergebnisse nicht völlig in der statistischen Unsicherheit verschwimmen würden. Wichtig ist die Unterscheidung zwischen den Geschlechtern vorrangig bei der Beschäftigungsrate, bei der Bevölkerung mit Beschäftigungswunsch und bei der Bil-

derung, nicht bedeutend ist sie beim Anteil der Hilfs- und Anlerntätigkeiten an der Beschäftigung von mittel oder höher Gebildeten.

Zumindest eine Skizze der beruflichen Situation und der Möglichkeiten auf Bundesländerebene ist damit gelungen. Sie wird mit ihren nur drei beruflichen Ebenen und den ebenfalls nur drei Bildungsstufen den feineren Gliederungen der Betriebe und des Arbeitsmarkts natürlich nicht völlig gerecht. Um sie weiter auszugestalten, müssten andere als die rein deskriptiven Methoden dieses Beitrags verwendet werden. Auch die deskriptiven Methoden werden im Lauf der Jahre aber detailliertere Auskünfte ermöglichen. Das wird zwar nur um den Preis einer weniger genauen zeitlichen Bestimmung möglich sein, aber der genaue Zeitpunkt ist für langsame Prozesse nicht entscheidend. Die Entwicklung des sozialen Abstands zwischen Bevölkerungsteilen, die mehr oder weniger mit Einwanderung in Zusammenhang stehen, ist ein solcher langsamer Prozess.

## Literatur

Dimmel, Nikolaus / Heitzmann, Karin / Schenk, Martin (Hg) (2009) Handbuch Armut in Österreich; Studienverlag

European Commission (1997) Eurobarometer 47.1;  
[http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb47/eb47\\_en.htm](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb47/eb47_en.htm), 2010-01-20

European Commission (2008) Special Eurobarometer 296: Discrimination in the European Union: Perceptions, Experiences and Attitudes;  
[http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb\\_special\\_en.htm](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb_special_en.htm),  
<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=618&langId=de&moreDocuments=yes>, 2009-04-17

European Commission (2009) Special Eurobarometer 317: Discrimination in the EU in 2009;  
<http://ec.europa.eu/social/keyDocuments.jsp?type=0&policyArea=0&subCategory=0&country=0&year=0&advSearchKey=eurosur&mode=advancedSubmit&langId=en>, 2010-01-14

European Union Fundamental Rights Agency (2009) Data in Focus report 2: Muslims; EU-MIDIS European Union Minorities and Discrimination Survey; Vienna: FRA  
[http://fra.europa.eu/fraWebsite/attachments/EU-MIDIS\\_MUSLIMS\\_EN.pdf](http://fra.europa.eu/fraWebsite/attachments/EU-MIDIS_MUSLIMS_EN.pdf), 2009-06-18

Gächter, August (2008) (Arbeits-)MigrantInnen. Bildung und Beschäftigung im südlichen Niederösterreich; in: Schmidinger (Hg) 2008:189-210

Gächter, August (2009a) Demografischer Bericht und Sozialbericht Hohenems; Manuskript

Gächter, August (2009b) Studie zur Situation von Migrantinnen, Migranten und ihren Kindern am Salzburger Arbeitsmarkt: Quantitativer Teil; in: Schober u.a. 2009

Gächter, August (2010) Der Integrationserfolg des Arbeitsmarkts; in: Langthaler (Hg) 2010

Grüner, Hans (1992) Mobilität und Diskriminierung. Deutsche und ausländische Arbeiter in einem betrieblichen Arbeitsmarkt; Campus

Haller, Max / König, Wolfgang / Krause, Peter / Kurz, Karin (1985) Patterns of Career Mobility and Structural Positions in Advanced Capitalist Societies: A Comparison of Men in Austria, France, and the United States; American Sociological Review 50/5579-603

Kiecolt, K. Jill (1988) Recent Developments in Attitudes and Social Structure; Annual Review of Sociology 14:381-403

- Langthaler, Herbert (Hg) (2010) Integration in Österreich. Sozialwissenschaftliche Befunde; Studienverlag
- Palk, Daniela (2009) Armutsberichterstattung in den österreichischen Bundesländern; in: Dimmel u.a. (Hg) 2009:112-123
- Rabin, Matthew / Schrag, Joel L. (1999) First Impressions Matter: A Model of Confirmatory Bias; Quarterly Journal of Economics 114/1:37–82
- Schmidinger, Thomas (Hg) (2008) "Vom selben Schlag ..." Migration und Integration im niederösterreichischen Industrieviertel; Verein Alltag Verlag
- Schober, Paul / Maier, Martin / Gächter, August (2009) Studie zur Situation von Migrantinnen, Migranten und ihren Kindern am Salzburger Arbeitsmarkt; Hafelekar Unternehmensberatung
- Till, Matthias / Datler, Georg / Glaser, Thomas / Heuberger, Richard / Mahidi, Margareta / Skina, Magdalena / Kafka, Elisabeth / Lamei, Nadja (2009) Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2007; Statistik Austria  
[http://www.statistik.at/web\\_de/dynamic/statistiken/soziales/armut\\_und\\_soziale\\_eingliederung/publikationen?id=6&webcat=152&nodeId=311&frag=3&listid=152](http://www.statistik.at/web_de/dynamic/statistiken/soziales/armut_und_soziale_eingliederung/publikationen?id=6&webcat=152&nodeId=311&frag=3&listid=152), 2010-02-22

Geschrieben für:

*Integration, Rassismen und Weltwirtschaftskrise, herausgegeben von Manfred Oberlechner und Gerhard Hetfleisch, Braumüller Verlag, 2010.*